

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1932**

98 (27.4.1932)

# Volkstfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10erpausen Millimeterweite fassen 12 Dreizehn, Gegenüber  
anzeigen und Stellungsfläche 8 Pfennig. Die Restpausen Millimeter-  
weite 10 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, bei Nichtzahlung des  
Zahlungsbillets, bei gerichtlicher Betreibung und bei Ausfall der Kraft tritt die Erhöhung  
von 50 Prozent in Kraft. Bei Anzeigen in der 1. Spalte der ersten Ausgabe 1/2 des Normalpreises.

Andere wöchentliche Beilagen: Heimat und Wandern  
Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk  
Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 1,82 Mark, vierteljährlich 5,46 Mark, halbjährlich 10,92 Mark, jährlich 21,84 Mark. Bei  
1,50 Mark o. Durch die Post 2,30 Mark o. Einzelhefte 10 Pfennig o. Er-  
scheinung 6 mal wöchentlich vom 1. bis 11. März. Postfach 2050 Karlsruhe o. Geschäftsstelle  
und Redaktion: Karlsruhe i. B., Marktplatz 28 o. General 7020/7021 o. Postfach 2050  
Durlach, Hauptstr. 9 B., Baden, Postfach 12. Kellert Hofstr. 2 Offenburg, Republikstr. 7

Nummer 98

Karlsruhe, Mittwoch, den 27. April 1932

52. Jahrgang

## Der agrarpolitische Hochverrat der Nationalsozialisten

Anträge und Anfragen im Landtag

Der Etat des Staatsministeriums - Kommunistiche Anfragen und Anträge - Der agrarpolitische Apparat der Nationalsozialisten

Der Kontakt zur politischen Aussprache war etwas langweilig. Zu dem Vorschlag des Staatsministeriums, mit dessen Beratung die allgemeine Aussprache verbunden ist, waren eine Anzahl förmlicher Anfragen und Anträge der Kommunisten und radikalen Rechtsparteien eingegangen, die einleitend begründet wurden. Die Kommunisten ließen ihren neuen, natürlich nicht von der Fraktion gewählten, sondern von der Zentrale befohlenen, Fraktionsvorsitzenden Klausmann, aufs Rednerpult. Er verfuhr über dieselbe Demagogie und über den gleichen prosaischen Intelligenz wie sein Vorgänger Leichter. Die Kommunisten tun furchtbar aufgeregt, weil sie ausnahmsweise mal in einer Tagungssammlung in Weinheim unter die Räder gekommen waren; jetzt fallen sie über die Polizei her, die für Ordnung sorgte. Man kennt bei den Kommunisten die Absicht, und nimmt deshalb die Aufregung nicht ernst. Schlussparole immer: Diebstahl! Nur, daß es halt niemand glaubt! Wer Sittler wählt, eignet sich nicht zum gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus!

Die kommunistischen Agitationsbedürfnisse hielten das Haus fast den ganzen Tag in Beschäftigung. Die Zeit, nahezu 3 Stunden, die mit dem Anhören dieser kommunistischen Wabli- und Agitationsreden verbracht wurde, war wirklich verträdel und nutzlos veran.

Weil interessanter war eine förmliche Anfrage des Zentrums über den agrarpolitischen Apparat der Nationalsozialisten.

Welche Zwecke dieser Apparat verfolgt, und wie gemeindefähig er ist, ist ja durch die Presseveröffentlichungen bekannt. Dennoch war es interessant, in der Regierungsaussprache auf die Anfrage eine zusammenhängende, dokumentarisch belegte Darstellung und Schilderung der Organisation und des Aufbaues dieses „Apparates“ zur Ausübung der Stadtschlichterfunktion. Das Haus verfolgte mit Spannung und Interesse die Regierungserklärung, die die staatsrechtlichen und hochverräterischen Pläne der Nationalsozialisten offen darlegte. Man darf gespannt sein, was die Gerichte mit diesem Fleiß anfangen, der diesen Hochverrat inszenierte.

Schlussfolgerung der vielen Anträge und Anfragen kam es heute nicht mehr zu der geplanten politischen Aussprache. Heute nachmittags ist Hausarbeitsruhe. Mittwoch vormittags beginnt nun die politische Aussprache.

18. Sitzung

r. Karlsruhe, 26. April.

Das Präsidium führte heute der 1. Vizepräsident Abg. Reinhold, der Präsident Duffner erkrankt ist. 1. Vizepräsident Reinhold übermittelte namens des Hauses den Präsidenten die besten Wünsche zu baldiger Genesung.

Eine kurze Anfrage der Nationalsozialisten, ob das Verbot der Betätigung von Beamten in der NSDAP, auch für die Uebernahme eines Mandats als Abgeordneter gelte, wurde von der Regierung dahin beantwortet, daß gegen die Uebernahme eines solchen Mandats zum Landtag oder Reichstag nichts einzuwenden sei, daß jedoch hinsichtlich der Betätigung eines Stadtverordneten und Gemeindevorstandesmandats im Einzelfalle wegen der Art der Betätigung Anlauf zum Einschreiten gegeben sei.

In der Weiterberatung des Staatsvoranschlags kommt zum Aufbruch das Kapitel

Staatsministerium

Den Ausschubbericht gibt Abg. Heid. Der Ausschub beantragt, den Voranschlag zu genehmigen und die beiden Anträge der Nationalsozialisten betr. Zusammenlegung des Staatsministeriums und den Geschäftsbereich der Ministerien abzulehnen. Die Kommunisten haben ebenfalls eine Reihe Anträge gestellt, die lediglich agitatorischen Charakter haben. Begründet werden die Anträge von dem nach Abg. Klausmann (Komm.) zunächst behandelt der Redner eine förmliche Anfrage betr. Anschaffung von Panzerwagen für die Polizei. Nach Auffassung der Kommunisten und diese Panzerwagen angeschafft, um gegen die wertvolle Bevölkerung zu verwenden zu werden. Eine weitere förmliche Anfrage beschäftigt sich mit der Schlichterei in Weinheim anlässlich einer nationalsozialistischen Versammlung. Die Antwort der Regierung ist ruhig und sachlich. Die Regierung tut, was zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung nötig ist. Das Verhalten der Polizei in Weinheim wird gebilligt. Ueber weitere Anträge der Kommunisten erörtert namens des Reichstagesausschusses Abg. Dr. Wolfhard Bericht, die Anträge sollen abgelehnt werden. Dann folgen die üblichen Bearbeitungen der Anträge; auch die Frau Abg. Vansendorf (Komm.) verfuhr über die gleiche agitatorische kommunistische Intelligenz, wie ihr neuer Fraktionschef Klausmann; es wird halt geschmäht.

Eine förmliche Anfrage des Zentrums betr. den agrarpolitischen Apparat der Nationalsozialistischen Partei in Baden

berichtet Abg. Hiltner (Ztr.). Die Anfrage will von der Regierung wissen, welches Ergebnis die amtlichen Ermittlungen über die Organisation, die Aufgaben und die Tätigkeit des agrarpoli-

tischen Apparats gehabt haben. Der Redner bejährt sich vorwiegend mit den Vorbeim Dokumenten und dem badiischen Rundschreiben der agrarpolitischen Abteilung der Nazis, und kritisiert scharf die Ausnahmegesetze der Nationalsozialisten gegenüber den Städten.

Die Regierung antwortet auf die letzte Anfrage, der agrarpolitische Apparat sei anlässlich der Enthüllung der Vorbeim Dokumente in Baden kontrolliert und die Dokumente beschlagnahmt worden. Die Maßnahmen erließen wichtige, die Eindämmung der Bevölkerung schwer gefährdende Entschlüsse. Der Regierungsvorstand gibt Aufschluß über die Organisation des agrarpolitischen Apparats der NSDAP, wie er schon größtenteils durch die Presse bekannt ist. Die Bekanntgabe des umfangreichen Materials wird im Hause mit lebhaftem Hör-, Hör!-Rufen begleitet. Interessant waren die Regierungsmittelungen auch über die Verhandlungen zwischen Landbund und Nationalsozialisten; es ging daraus hervor, daß eine enge Verbindung zwischen den beiden Organisationen geschaffen wurde, mit dem Entzweie, den Landbund allmählich völlig in die Hand der Nationalsozialisten zu unannehmlich, daß sie durch allerlei Zwischenrufe und Störungsversuche den Vortrag zu unterbrechen versuchten. Einige der Herren Ordnen erhielten Ordnungsrufe und als Abg. Merk den dritten Ordnungsruf erhielt und aus dem Saal gewiesen wurde, hatte endlich seine ganze Fraktion den Anlauf gefunden, von dem Pranger, an dem sie sitzen mußten, zu verschwinden, sie zog mit Herrn Merk geschlossen ab, begleitet von „Mien!“ und „Auf Wiedersehen!“-Rufen des Hauses. Unter Beifriede werden die Auffassungen des „Gaufratens“ gleich über die Deutschnationale Volkspartei entgegengesprochen. Die Deutschnationale Volkspartei wird da als nicht vollwertig bezeichnet; sie sei liberalistisch und Klassenkampferisch eingestellt; es sei ihr mit der Freundschaft zu der NSDAP nicht ernst, sie wolle nur mit der Anlehnung an die NSDAP, ihren Laden neu aufstellen (Stürmische Heiterkeit). Alle Maßnahmen seien als solche zur gewalttätigen Umstellung des Staates zu bezeichnen. Sie händen mit den Legalitätsbetreibungen in Widerspruch. Gegen den Fleiß sei ein Verfahren wegen Hochverrat eingeleitet worden. Die Verlesung der Dokumente nahm über eine Stunde in Anspruch, so daß nach 1 Uhr die Vertagung der Sitzung auf Mittwoch, 27. April, vormittags 9 Uhr erfolgte.

## Vertrauliche Besprechungen in Genf

Die Vorbereitung von Lausanne

Genf, 26. April. (Eig. Draht.) Am Dienstag nachmittag fand zwischen Reichsminister Brüning, dem amerikanischen Staatssekretär Stimson und dem englischen Ministerpräsidenten MacDonald eine Besprechung statt, die hauptsächlich der Abrüstungsfrage und der Gestaltung der Lausanner Konferenz diente.

Man hofft in hiesigen unterrichteten Kreisen, daß es möglich sein wird, besonders hinsichtlich der noch nicht geklärten prinzipiellen Abrüstungsfragen zu einer Vereinbarung zu gelangen, sobald Lardieu am Donnerstag nach Genf zurückgekehrt sein wird. MacDonald wird bis Montag nächster Woche in Genf bleiben. Brüning beabsichtigt, seinen Aufenthalt eventuell bis Mitte nächster Woche auszudehnen.

Lausanner Konferenz am 16. Juni

Die Lausanner Konferenz wird am 16. Juni beginnen. Die an ihr beteiligten Regierungen haben sich mit dem Termin bereits einverstanden erklärt. Vorher den Signaturnächsten des Haager Abkommens werden in Lausanne auch die Donaumächte vertreten sein.

## Gröner bei Hindenburg

Vortrag über das Reichsbanner

Berlin, 26. April. (Eig. Draht.) Der Reichspräsident empfing am Dienstag nachmittag den Reichsminister des Innern Dr. Gröner zum Vortrag über das „Material“ gegen das Reichsbanner. Gröner teilte dem Reichspräsidenten zugleich im Namen des Reichsministers mit, daß das „Material“ gegen das Reichsbanner zu Maßnahmen gegen diese Organisation keinerlei Veranlassung biete. Ihren formellen Abschluß wird die Inkognation gegen das Reichsbanner jedoch erst nach der Rückkehr des Reichsministers nach Berlin durch eine amtliche Erklärung finden, nach der Reichspräsident und Reichsregierung nicht gegen das Reichsbanner vorgehen gedenken.

## Terror in Braunschweig

SP, Braunschweig, 26. April. (Eig. Draht.) Naziminister Klages hat sämtliche Demonstrationen für den 1. Mai in der Stadt Braunschweig verboten. Außerdem ist ein Maidemonstrationsverbot für das ganze Land Braunschweig zu erwarten. Ferner wurde eine öffentliche Kundgebung der Sozialdemokratie in Braunschweig verboten, in der der italienische Emigrant Professor Dr. Mario Corfi über den Faschismus in Italien sprechen sollte. Die rigorosen Verbote sind um so herausfordernder, als den Nazis öffentliche Aufmärsche und Demonstrationen erlaubt sind.

## Reichstagszusammenritt am 9. Mai

### Der Beschluß des Ältestenrats

Berlin, 26. April. (Eig. Draht.) Der Ältestenrat des Reichstags beschloß, den Reichstag für Montag, 9. Mai, wieder einzuberufen. Ein von den Kommunisten und Nationalsozialisten beantragter früherer Zusammenritt am 2. Mai wurde abgelehnt.

Auf der Tagesordnung der Reichstagsitzung soll der Entwurf des Schuldenbergungsgesetzes gestellt werden. Reichsfinanzminister Dietrich wird eine Schilderung der allgemeinen Finanzlage geben, die der Vorbereitung der Etatsberatung dienen soll. Daran wird sich eine mehrtägige Aussprache knüpfen. Die Reichsregierung hat zugelangt, den Etat für 1932 gleichzeitig an den Reichsrat und den Reichstag gelangen zu lassen, so daß er bei der Reichstags-

verhandlung in erster Lesung beraten werden kann. Anträge der Parteien werden ebenfalls mit der Tagesordnung verbunden. Von den Nationalsozialisten ist ein Antrag auf Auflösung des Reichstags und ein Antrag auf Aufhebung der Notverordnung über die SW. eingereicht worden.

Präsident Röbe teilte dem Ältestenrat mit, daß von der Nationalsozialistischen Fraktion ein Protest wegen der Verhaftung des Kölner nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Ken, der in seiner Trunkenheit auf den sozialdemokratischen Abgeordneten Wels einen Verstoß organisierte, eingegangen sei. Bemerkenswert ist, daß weder der Abg. Dr. Fried, noch der Abg. Göhring, die beiden Parteifreunde des Herrn Ken, es wagten, sich für dieses Verhalten der Nationalsozialistischen Reichstagsfraktion einzusetzen. Aus den übrigen Mitteilungen von Röbe war interessant, daß beim Reichstag inzwischen wieder 220 Gesuche um Aufhebung der Immunität eingegangen sind.

## Preußischer Landtag am 24. Mai

### Der Beschluß des Kabinetts Braun

Berlin, 26. April. (Eig. Draht.) Amtlich wird mitgeteilt: Der preußische Staatsminister hat am Dienstag auf Grund des Artikels 17 der preußischen Verfassung beschloffen, den neuen Landtag zum 24. Mai dieses Jahres einzuberufen und ihm als verfassungsmäßige Folge aus dem Ausfall der Wahl seinen Rücktritt in seiner Gesamtheit mitzuteilen. Bis zur Neuwahl des Ministerpräsidenten und der Uebernahme der Geschäfte durch die neue Regierung ist das Staatsministerium auf Grund des Artikels 59 der Verfassung verpflichtet, im Amte zu bleiben.

### Preußisches Zentrum wartet ab

Keine Fühlungnahme mit den Nazis erfolgt.  
Berlin, 26. April. (Eig. Draht.) Der Vorstand der Zentrumsfraktion des Reichstags befahl die

am Dienstag in Gegenwart maßgebender preußischer Zentrumsmitglieder mit der politischen Lage nach den Landtagswahlen. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Das preußische Zentrum dürfte jedoch von sich aus keinerlei Schritte zur Neubildung einer Regierung unternehmen. Es scheint entschlossen, den Gang der Dinge in Ruhe abzuwarten, bzw. sie an sich herankommen zu lassen.

Entgegen anders lautenden Meldungen stellt die Germania in ihrer Mittwochsausgabe fest, daß zwischen dem Zentrum und den Nationalsozialisten bisher keine Verhandlungen begonnen haben und auch keine Fühlungnahme erfolgt sei. Weiter sei zu sagen, daß die Reize des Zentrumsführers Kaas nach Berlin bereits seit langem für diese Woche feststeht und ein außerordentlicher preußischer Parteitag nicht geplant sei.

### Vertagung des Abrüstungsausschusses

Die technischen Ausschüsse an der Arbeit

Genf, 26. April. Der Hauptauschuss der Abrüstungskonferenz hat heute vormittag die gestrigen Beschlüsse der Konferenz über die weitere Gestaltung der Konferenzarbeiten genehmigt. Hendersen teilt mit, daß das Büro beschloffen habe, die Konferenzarbeiten vom Freitag, 13. Mai, bis Montag, 16. Mai, wegen der Pfingstpause zu unterbrechen. Ferner erklärte er, daß die Konferenz durch die Entschiedenheiten über die qualitative Abrüstung in ein entscheidendes Stadium eingetreten sei. Deshalb sei es für notwendig gehalten worden, daß die technischen Ausschüsse ohne Erörterung über den in der Entschiedenheiten bereits geregelten Grundplan der qualitativen Abrüstung sich darüber äußern, welche Waffen für diese Abrüstung in Frage kommen. Für die chemischen und bakteriologischen Waffen sowie zur Koordination der Arbeiten des dritten Sonderausschusses könne gegebenenfalls ein gemischter Ausschuss aus Militär-, Marine- und Luftfahrtsachverständigen eingesetzt werden.

### Völkerbundsblamage vor Japan

Genf, 26. April. (Eig. Draht.) Das 19er Komitee der Völkerbundsversammlung, das die Ausführung der Beschlüsse über die Räumung Schanbais überwachen soll, hat am Dienstag dem energischen Druck Japans völlig nachgegeben. Es ist keine Rede mehr davon, daß das gemischte Komitee der in Schanbais interessierten Großmächte den Zeitpunkt der Räumung durch die Japaner an Ort und Stelle bestimmen soll. Es wird lediglich beauftragt werden, die Räumung sobald sie erfolgt, zu überwachen und darüber zu berichten.

### Das fallende Pfund

London, 26. April. (Eig. Draht.) Das Pfund Sterling setzte am Dienstag in gleichmäßigem Tempo seinen Kursrückgang gegenüber der Goldwährung fort, so daß es nur 15,30 Mark wert ist gegen 15,80 Mark noch vor kurzem. Die amtlichen Stellen tun nichts, um diesen Rückgang zu unterbrechen, obwohl sie im Besitz reichlicher Devisen sind. Man kann darin die Bestätigung dafür erblicken, daß die Regierung den Rückgang des Pfunds von dem in den letzten Wochen erreichten verhältnismäßig hohen Kurs nicht ungerne sieht.

### Vor den französischen Wahlen

Paris, 26. April. (Eig. Draht.) Die Radikalen werden bei der Stichwahl zur französischen Kammer überall da mit den Sozialisten zusammengehen, wo eine getrennte Stimmabgabe den Sieg eines reaktionären Kandidaten ermöglichen würde. Nach der Wahl aber kommt eine Zusammenarbeit zwischen Radikalen und Sozialisten in einer von den Radikalen gebildeten Regierung nicht in Frage.

### Schwere Unruhen in Polen

Warschau, 26. April. (Eig. Draht.) Am Dienstag mittag wurde in der belebtesten Gegend Warschaws auf offener Straße der französische Generaldirektor der großen französisch-polnischen Textilwerke in Zwardow namens Keller von einem unläuglich entlassenen Angestellten des Unternehmens durch zwei Revolverkugeln auf der Stelle getötet. Der Täter konnte festgenommen werden. In Zwardow selbst war es am Montag zu schweren Arbeitslosenunruhen gekommen, die im Zusammenhang mit dem starken Angebots- und Arbeitermangel standen. Mehrere Demonstrationen und einige Polizeibeamte wurden verletzt. Das soziale Verhalten der französischen Besitzer und der Direktoren der Textilwerke in Zwardow hat schon mehrfach große Erbitterung unter der arbeitenden Bevölkerung und heftige Angriffe der polnischen Öffentlichkeit hervorgerufen.

### Freigelassene Nazistrolche

St. Köln, 26. April. (Eig. Draht.) Der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Leo, der in der Nacht zum Samstag mit anderen Nazis während eines Überfalls auf den Führer der deutschen Sozialdemokratie, Otto Weis, festgenommen wurde, ist am Dienstag aus der Haft entlassen worden. Die Haftentlassung erfolgte, weil das gegen Leo beschlossene Schnellverfahren am Mittwoch wegen Erkrankung des Abgeordneten Weis nicht durchgeführt werden konnte, andererseits aber Flußverdacht bei Leo nicht vorliegen soll. Die mit Leo verhafteten Nazis sind ebenfalls auf freien Fuß gesetzt worden.

### Schuldabwälzungsversuch der Großindustrie

Der Reichsverband der Deutschen Industrie hat sich mit der handelspolitischen Situation beschäftigt und festgestellt, daß jeder Versuch, Zahlungen von Deutschland außerhalb des Warenverkehrs zu verlangen, zwangsweise zu einer Gefährdung der internationalen Währungsstabilität führen muß. Die Regierung müsse deshalb eine weitgehende „handelspolitische und innerwirtschaftliche Aktivität“ entfalten.

Im übrigen beschlagnahmte sich der Reichsverband der Deutschen Industrie mit dem Krisenstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Der Kongress habe, so meint der Reichsverband, Vorwürfe erhoben, die nicht zuträfen. So sei von einer Seite behauptet worden, daß viele Großunternehmer eine zweite Inflation ankündeten, um zum zweiten Mal ihre Schulden los zu werden. Der Reichsverband verweist darauf, daß sich das Präsidium des Reichsverbandes „wiederholt nachdrücklich gegen jedes Währungsversuch wendet“. Das ist schon richtig und das kann dem Präsidium des Reichsverbandes der Deutschen Industrie bescheinigt werden, schließt aber die Tatsache nicht aus der Welt, daß bekannte Großindustrielle, besonders in der kritischen Zeit des vergangenen Jahres, bedenkliche Sympathien für eine Inflation an den Tag legten. Wir verweisen nur darauf, daß der bekannte Bankier Pfordemenges seiner Zeit in der „Kölnischen Zeitung“ Gelegenheit nehmen mußte, die Industrie vor derartigen Experimenten zu warnen. Pfordemenges wird schon gemutmaßt haben, weshalb er das tat. Die Sympathien bestimmter Kreise der Groß- und Schwerindustrie für eine neue Inflation können nicht bestreiten werden.

Weiter stellt der Reichsverband die Behauptung auf, daß die freien Gewerkschaften „die natürliche Entwicklungsgrundlage des privatwirtschaftlichen Systems ausgebildet“ hätten. So will man die Schuld für die gegenwärtige Krise von der Mikrowirtschaft in der Privatindustrie auf die Gewerkschaften abwälzen. Die Gewerkschaften, so fragt man unwillkürlich, sind es doch nicht gewesen, die die Millionenpleiten bei der Nordwolle, bei der Savana, die Schiebereien bei Schultheiß-Pagenhofer usw. angezettelt haben? Wohl aber die Privatindustrie! Wenn man aber von „Grundlagen des privatkapitalistischen Systems“ spricht, so muß man doch den Reichsverband daran erinnern, daß die Privatindustrie mit ihrer Konkurrenz und Konkurrenzfähigkeit das privatkapitalistische System geradezu auf den Kopf gestellt hat. Wozuf die Krise in Deutschland nicht zu unterliegt zurückgeht.

# Freistaat Baden

## Änderungen des Grund- und Gewerbesteuergesetzes

Aus dem Haushaltsauschuss des Badischen Landtags wird uns über die Sitzung am 26. d. M. geschrieben:

Die badische Regierung hat sich veranlaßt, verschiedene Bestimmungen des bestehenden badischen Grund- und Gewerbesteuergesetzes den erangenen reichsrechtlichen Steuerbestimmungen anzupassen. In dieser Beziehung ist die Reichsnotverordnung vom 1. Dezember 1930 maßgebend. Die badische Regierung beim Herrn Reichsfinanzminister die Genehmigung dafür beantragt und erhalten, daß für 1932 und 1933 die Reichsvorschriften über die Grundsteuer und die Gewerbesteuer noch keine Anwendung finden. In dem Geleitentwurf ist daher an den Hauptvorschriften des Grund- und Gewerbesteuergesetzes möglichst wenig geändert worden. So sind die Vorschriften über die Grundsteuer ziemlich unverändert geblieben, geändert sind: Wegfall der Zuschläge bei den Steuerwerten des Waldes, Forderung der Befreiungsbestimmungen hinsichtlich eines Teiles der öffentlichen Versorgungsbetriebe, sowie für bestimmte Erholungsheime bezüglich der Landessteuer und schließlich Änderung der Steuerfreiheit für die Neubauwohnungen. Die Vorschriften über die Gewerbesteuer wurden durch die volle oder teilweise Übernahme von gewissen Bestimmungen des Gewerbesteuerabkommens nicht nur insofern geändert, als die neuen Vorschriften jetzt schon zweckmäßig erscheinen. Hierunter fallen: Die Neubestimmung des Begriffs „Gewerbebetrieb“, der Wegfall der Gewerbesteuerpflicht der Land- und Forstwirtschaft, die Bestimmungen über die Bildung des Gewerbeertrags, die Einführung der Filialsteuer u. a.

Nach dem badischen Geleitentwurf wird für Versicherungs-, Bank-, Kredit- und Warenhandelsunternehmungen, die in einer Gemeinde eine Betriebsstätte unterhalten, ohne in dieser Gemeinde ihre Betriebsstätte zu haben, hinsichtlich dieser Betriebsstätten (Filialen) eine höhere Gewerbesteuer vom Betriebsvermögen und vom Gewerbeertrag erhoben, als für die übrigen Gewerbe. Diese Filialsteuer soll 20 Prozent der übrigen Steueranteile betragen. Dieser Satz soll sowohl vom Land wie von den Gemeinden erhoben werden. Die Konsumvereine, welche Waren ausschließlich an Mitglieder verkaufen, sollen der Filialsteuer nicht unterliegen. Ein Zentrumsredner behauptete diesen Geleitentwurf. Als der Minister des Innern auf den wesentlichen Unterschied zwischen einer Filiale eines Großgeschäftes und eines Konsumvereins hinwies und weitere Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion an Hand von Beispielen darlegten, daß seitens der Finanzämter die denkbar schärfste Kontrolle über die Konsumvereine ausgeübt wird, ferner, daß die Konsumvereine ja bereits durch die erhöhte Umsatzsteuer sehr schwer belastet sind, erklärte ein Staatsparlamentarier, daß ihm diese Verhältnisse nicht bekannt gewesen seien und man die Sache mit anderen Augen ansehen müsse, zumal auch die Konsumvereine für Industrie und Gewerbe gute Kunden seien.

Eine besondere Stellung nehmen die Bestimmungen über die Versorgungsbetriebe ein. Hierzu gehören solche Betriebe, denen die Versorgung der Bevölkerung mit Wasser, Gas oder Elektrizität obliegt, oder die dem öffentlichen Verkehr oder dem Hafenbetrieb dienen, auch Unternehmungen solcher Art, deren Erträge ausschließlich Körperschaften des öffentlichen Rechts zufließen. Hinsichtlich für die Reichssteuer sind diese Betriebe Körperschaftsteuerfrei, bezüglich der Landessteuer ist in den Reichsvorschriften eine Befreiung nicht vorgesehen. An sich wären diese Betriebe bei Inkrafttreten des Gewerbesteuerabkommens vom 1. April 1932 ohne weiteres landessteuerpflichtig geworden, wenn nicht das Land von seinem Befreiungsrecht ausdrücklich Gebrauch gemacht hätte. Im Hinblick auf die Finanzlage der Gemeinden, sowie im Interesse des ungehinderten Fortanges der Preispolitik will die badische Regierung die Steuerfreiheit dieser Betriebe im bisherigen Umfang bis zum unmittelbaren Inkrafttreten der Reichsabkommensurteile aufrecht erhalten wissen.

Eine schärfere Festlegung des Begriffs „gemeinnützig“ bringt der Geleitentwurf für solche gemeinnützige Unternehmungen, die eine steuerliche Begünstigung genießen, die aber Wirtschaftsbetriebe mit Gewinnerzielung nebenbei unterhalten.

Als gemeinnützig werden auch künftig angesehen solchen Unternehmungen, deren Erfüllung unmittelbar die Allgemeinheit fördert. Als Allgemeinheit gelten auch solche Personenteile, die örtlich, beruflich, nach Stand, Religionsbekenntnis oder nach mehreren dieser Merkmale abgegrenzt sind. Genesungs- und Erholungsheime der vertriebenen Berufs- und Standesorganisationen sind grundsätzlich steuerfrei, sie sind aber grund- und gewerbesteuerpflichtig, insofern ihre Betätigung über die Grenze der Gemeinnützigkeit hinausgeht.

Eine Reihe öffentlicher, gemeinnütziger oder mildtätigen Zwecken unmittelbar dienende Anstalten soll nach wie vor staats- und gemeindefreier bleiben. Solche Betriebe, die bisher gemeindefreier waren, aber nach nicht staatssteuerpflichtig waren, werden jetzt auch staatssteuerpflichtig.

Auch im neuen Geleitentwurf ist der Steuerfreiheit von 2500 M für die Gewerbesteuerpflichtigen vorgezogen, die nicht mehr als 10 000 M jährlichen Gewerbeertrag haben.

## Lörracher Nationalsozialisten wieder freigelassen

D3. Lörrach, 26. April. Die am letzten Freitag festgenommenen Nationalsozialisten sind, soweit ihre Freisetzung nicht schon früher erfolgte, im Laufe des Sonntags wieder auf freien Fuß gesetzt worden.

## Politische Lausbuberei

D3. Freiburg i. Br., 26. April. In dem Verlagsgebäude der Volkswacht in der Lindenstraße wurde mit einem faulharigen Stein eine Schaufensterscheibe zertrümmert. Kurz dem Umstand, daß der hinter der Scheibe befindliche Kolladen herabgefallen war, ist es zu danken, daß der Stein nicht in den Betriebsraum und die gerade hinter dem Fenster stehende wertvolle Rotationsmaschine fiel. Man vermutet, daß es sich um einen Lausbubenstreich politischer Gegner handelt.

## Schlaganfall des Abg. Gen. Kussbaum-Freiburg

D3. Freiburg i. Br., 26. April. Der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Christian Kussbaum-Freiburg, der in den 50er Jahren fest, hat dieser Tage einen Gehirnschlag erlitten und liegt lebensgefährlich krank darnieder.

## Zur Tagung der evangelischen Landesynode

Aus dem Kreis der Evangelischen Sozialisten wird uns geschrieben: Als Zuhörer der öffentlichen Sitzungen der evangelischen Landesynode Badens vom 22.-23. April in Karlsruhe, obwohl ich im Interesse des badischen Kirchenvolkes zu handeln, wenn ich gerade als Laie, die von mir als solcher gewonnenen Eindrücke über die Vorgänge und Geshichte dieser Tagung in kurzen Zügen wiedergeben veruche. Hierbei will ich aber gleich vorangehen, daß ich in den Jahrzehnten meiner Zugehörigkeit zur Gewerkschaft und jahrelanger Zugehörigkeit zur Partei, auch sonstiger politischer Gruppen, wie man dieses wohl noch in keiner evangelischen Gruppe, seit Martin Luther reformierten Kirche, erlebt haben dürfte. Herr Pfarrer Rappes hatte bereits das Wort zur Begründung eines Protokolls erhalten, den der Volkskirchenbund eingeleitet hatte, weil man die beiden Pfarrstellen in Mannsheim, die durch zwei sozialistische Pastoren besetzt waren und vor kurzem frei wurden, jeweils mit einem Geistlichen der positiven und liberalen Richtung besetzte, obwohl der Volkskirchenbund zum mindesten einen moralischen Anspruch darauf hatte, bevor aber der Pfarrer frei wurde, als ein Vertreter der positiven Richtung die Erklärung ab, daß ihr Führer, Landeskirchenrat Bende, Herr Pfarrer Rappes in seiner damaligen Professorenstellung in Mannheim, in seiner Rede angegriffen worden sei und, daß sie sich deshalb außer Stande sehen, die Rede des Abgeordneten Rappes anzuhören. Dieser, nicht nur die übrigen Mitglieder der Synode provozierende Auslassung der positiven, gleichzeitig ein Befürworter sozialistischer, seierte die schon vorher herrschende Stimmung zur Steigerung, in deren Atmosphäre man das schämliche Verhalten der Abgeordneten des Volkskirchenbundes, vor allem der sachlichen Rede des Abgeordneten Rappes dürfte es zu danken sein, daß man über diese gefährliche Klippe hinwegkam.

Die folgenden Bestimmungen seien aber nur all zu deutlich, daß man gemittelt war, dem Volkskirchenbund so viel wie möglich schwere und vernichtende Schläge zu versetzen. Fast geschloßene Klammern man gegen sehen, auch noch so vernünftigen Antrag des Volkskirchenbundes. Während erwidert sei aber bei der Abstimung das Verhalten der beiden Theologiestudenten Bauer und Weber, ebenso eines anderen Herrn der liberalen Gruppe, die sich immer mit dem Volkskirchenbund stimmten. Zu ihrem dramatischen Höhepunkt gelangte aber die Synode kurz vor Beendigung der Tagung, deren Ausgang sich wohl niemand aus nur so trübsinnig gewagt hätte. Nachdem der Präsident der Synode während der ganzen Verhandlungsdauer auch nicht einmal den Verlust gemeinhin hätte, beruhigend oder verjüngend auf die Abgeordneten einzuwirken, glaubte er nun in seinem Schlusswort all die Geachtungen die Geschicklichkeit und Berücksichtigung, die zuvor über den Volkskirchenbund ergingen, dadurch wieder überbrücken zu können, daß er nun zur Verödung und brüderlicher Liebe aufhorchen, trotz aller Gebetsdienste sollte man diese Eingetragten durch einen gemeinsamen Gottesdienst manifestiert und der Öffentlichkeit gegenüber über die Eingetragten der Synode vordemonstriert werden. Solche „Christen und Nächstenliebe“ hatten aber die Vertreter des Volkskirchenbundes erklärter Weise keinerlei Gegenüber zu setzen durch ihren Führer Dr. Dietrich die Erklärung abgegeben, daß sie sich nicht gegen die Synode gegenüber bisher geübt hätten, an der Handlung an dem gemeinsamen Gottesdienst teilzunehmen, sondern für ihre Gruppe einen Gottesdienst in der neuen Kirche abhalten werden. Hieran folgte Herr Kirchenpräsident D. Wurth den Antrag, die Synode auf 10 Minuten zu unterbrechen, was auch geschah. Während dieser Pause, die sich über 20 Minuten hinaus, wurde von Seite der Kirchenregierung und dem Präsidium Beratungen gepflogen, anschließend darüber, was man sich für diesen unvorhergesehenen Schlag veranlassen könne, was man aus den nachherigen Worten des Herrn Kirchenpräsidenten der Synode mit ziemlicher Sicherheit schließen konnte. Nach Wiedereröffnung der Sitzung verließ der Präsident den Volkskirchenbund, nachdem, die zuvor abgegebene Erklärung wieder rückgängig gemacht, was aber konsequent abgelehnt wurde. Hierauf gab der Kirchenpräsident, unter Hinweis auf die etwachen Folgen der Kirchenbeschlüsse ohne die Genehmigung des Kirchenregimentes, die Beschlüsse der Kirchenpräsidenten, zu erkennen, daß man tatsächlich in der Pause schon beraten hatte, wie man hier dem Schwächeren die Macht zu spüren geben will. Trotz dieser Drohung ließ sich der Volkskirchenbund nicht einschüchtern und hielt seinen Gottesdienst ab und zwar unter dem Motto, das der Kirchenpräsident in seinem Schlusswort glaubte noch besonders erwähnen zu müssen, nämlich: „Herrn Kussbaum-Freiburg“ und die Rede des Landeskirchenrates, die sich schließlich auf demselben Punkt, mit welchem Herr Pfarrer Rappes seinen Gottesdienst einleitete.

Sollte man aber den Verantwortlichen für diesen Gottesdienst zur Rechenschaft ziehen wollen, so dürfte das badische Kirchenregiment bei den kommenden Kirchenwahlen im Juli seine Aufgabe nicht nur hierfür, sondern für alle vorherigen rigorosen Maßnahmen der letzten Zeit dem Kirchenvolk und einzelner Geistlicher des Volkskirchenbundes gegenüber geben.

## Der Rektor der Universität Tübingen warnt

Stuttgart, 25. April. (Eig. Meldung.) Aus der Rede, mit der Professor Kirchner, der leiberrige Rektor der Universität Tübingen, heute seine Amtstätigkeit schloß, waren einige aktuell politische Bemerkungen von allgemeinerem Interesse. Er sprach über die verweirten Kampfsittungen, die heute die Studenten der Universität Tübingen, die begrifflich sei, weil sie ihrer eigenen Zukunft und der Zukunft ihres Volkes so hoffnungslos gegenübersehen.

Daher lauten sie vielfach falschen Prophezen nach, die ihnen radikale und jämmerliche Verurteilung versprechen.

Er mahnt sie aber eindringlich, der Verlockung einer weiteren Identifizierung nicht zu erliegen. Die Hochschule habe in ihrem Wesen mit Politik nichts zu tun. Das heute viel gebürte Schlagwort „Wir die Jugend kann uns retten“ trage keine Unsinnlichkeit an sich.

Diese Ausführungen waren um so bemerkenswerter, als Kirchner ein linientreuer Eugenbergrmann ist, der sich bei der Reichspräsidentenwahl öffentlich gegen Hindenburg und für Brüning entschieden hatte.

# Die Wahl in Württemberg

Von Wilhelm Keil

Das Ergebnis der Landtagswahl in Württemberg hat innerhalb des Landes ebenso wie außerhalb überrascht. Mit Sicherheit war voraussehen, daß die seit acht Jahren bestehende Reichsregierung die Mehrheit einbüßen werde, den eine ihrer stärksten Stützen, der württembergische Bauernbund und die deutsch-demokratische Partei, die sich vor zwei Jahren der Regierung angeschlossen hatten, müßten mit starken Verlusten an die Nazis rechnen. Die Deutsche Volkspartei, die gleichfalls zur Regierungscoalition gehörte, war der Gefahr ausgesetzt, völlig verschlungen zu werden, und die Deutschnationalen müßten trotz allem, wenn sie den Keim der neuen Regierung vor vier Jahren vertrieben ist, zu retten vermöchten.

Genau so ist es gekommen. Der Bauernbund hat von seinen letzten 15 Mandaten 6, die Demokratische Partei hat von 8 Mandaten 4, die Volkspartei hat ihre sämtlichen Mandate und die Deutschnationalen haben von ihren 4 Mandaten 1 an die Nazis übergeben. Auch das Verschwinden der Volksrechtspartei, die letzter 2 Sitze inne hatte und das Stehenbleiben des Christlichen Volksvereins auf seinen 3 Mandaten gehörte zu den Wahrscheinlichkeiten. Insofern bedeutet das Ergebnis keine Überraschung. Beim Zentrum waren nur ganz kleine Veränderungen anzunehmen. Es hat zu seinem alten Bestand von 16 Mandaten 1 Mandat gewonnen, aber die Regierung hat nur noch 33 von 80 Abgeordneten hinter sich.

Die Ueberreichung beginnt bei dem Stärkeverhältnis der Sozialdemokratie zu den Nationalsozialisten und zu den Kommunisten. Bei der letzten Landtagswahl vor vier Jahren waren die Nazis noch bedeutungslos. Erst auf Grund der Entscheidung des Staatsgerichtshofs, daß eine gegen die Sozialparteien gerichtete Bestimmung des Wahlgesetzes verfassungswidrig sei, erhielten sie einen Sitz im Landtag. Ihr Aufstieg bei den Reichstagswahlen im September 1930 war in Württemberg viel schwächer als im Reichsdurchschnitt.

Sie konnten daher bei beiden Präsidentenwahlen stark aufholen, bleiben aber auch jetzt mit ihrem Stimmenanteil noch beträchtlich hinter dem Anteil an Stimmen im ganzen Reich zurück. Unter Berücksichtigung aller Umstände konnte man damit rechnen, daß sie bei der Landtagswahl 20 bis 22 Prozent der Stimmen und Mandate bekommen und dabei etwa die Stärke der Sozialdemokratie erreichen würden. Die 23 in den Landtag gewählten Nazis haben es aber auf 27 Prozent der Stimmen gebracht. Die Sozialdemokratie hat nur 16,7 Prozent der Stimmen und 14 Abgeordnete gegen letzter 21 bekommen. Und die Kommunisten, die vor 4 Jahren eine schwere Niederlage erlitten hatten, haben unter den Nazis die besonders günstigen Verhältnisse der Gegenwart zu ihren 6 Mandaten nur 1 hinzugewonnen. Dabei darf nicht übersehen werden, daß die Sozialdemokratie in Württemberg seit 8 Jahren in Opposition steht und eine Taktik geübt hat, die innerhalb der Partei feiner Kritik erziehen hat. Die Sozialdemokratische Gruppe hat deshalb auch nicht einmal den Versuch gemacht, zu zeigen, wie schwach sie in Württemberg ist.

Wie ist dieses Verhältnis zu erklären? Der entscheidende Erklärungsgrund ist die Wahlbeteiligung. Im ganzen Lande gingen nur 70 Prozent der Wahlberechtigten zur Wahlurne gegen 79 Prozent vor vier Jahren, als der Reichstag und der Landtag neu gewählt wurden. In den Arbeitergemeinden fiel die Wahlbeteiligung vielfach auf 60 Prozent, nicht selten sogar auf 50 Prozent. In vielen Gemeinden gerade ist der stärkste Rückgang der sozialdemokratischen Stimmen festzustellen. Auch die Kommunisten haben ihre Verluste aufzuweisen. Die anderen Parteien dagegen haben ihre Wähler auf die Beine gebracht. Die Landesbauernschaft ist zurück geblieben bei einer Wahlbeteiligung von 77 Prozent ein relativ gutes Stimmenergebnis für die Sozialdemokratie auf, die mit 50 800 Stimmen die stärkste Partei geblieben ist, während die Nazis mit 51 700 Stimmen begnügen müssen, und die Kommunisten bestimmen nur 33 400 Stimmen. Die am Gesamtergebnis fehlenden sozialdemokratischen Wähler sind also nicht, wie es auf den ersten Blick erscheinen konnte, zu den Nazis übergegangen, sondern zu Hause geblieben.

Württemberg hat noch relativ erröglige Wirtschafts- und Finanzverhältnisse. Die Arbeitslosenziffer liegt erheblich unter dem Reichsdurchschnitt. Es fehlte eine wirkliche Wahlparole. Die Nazis machten die Verbitterten und Verzweifelten mobil mit ihrer Bese gegen die „marxistische“ Herrschaft in Preußen und im Reich. Die Kommunisten, für die auch in Württemberg die Sozialdemokratie der „Hausfeind“ war, erreichte den Erfolg, daß sie die Wähler lockten machten. Die Landespolitik wird in den mittleren und kleineren Staaten ohnedies vielfach als minder wichtig bewertet. Die Gefahr einer Notverschärfung bestand in Württemberg nicht. So war es also für viele Zeitgenossen, die bei der Reichstagswahl sozialdemokratisch wählten, und bei der Präsidentenwahl unterer Parole folgten, das bequemste, durch Nichtbeteiligung an der Landtagswahl, der Aufgabe, sich selbst schlüssig zu machen, auszuweichen.

Die Regierungsbildung ist nun auch in Württemberg nicht leicht. Ein Sturz oder ein Rücktritt der alten Regierung kommt nach der Landesverfassung jetzt nicht in Betracht. Der neu gewählte Landtag hat sofort den Staatspräsidenten neu zu wählen, der die Mi-

nister ernannt. Für diese Wahl ist im ersten Wahlgang die absolute, im zweiten die relative Mehrheit erforderlich. Da die Sozialdemokratie mit ihren 14, die Kommunisten mit 7 und die Nationalsozialisten mit 23 Stimmen zusammen über 44 Stimmen verfügen, ist eine sichere Dauermehrheit nur durch Beteiligung der Sozialdemokraten oder der Nazis zu bilden. Die Nazis werden, unterstützt von den Deutschnationalen, sofort zur Teilnahme an der Regierung bereit sein. Wahrscheinlich aber nur unter der Bedingung die Innenverwaltung mit der Polizei zu bekommen. Diese Bedingung wird das Zentrum nicht erfüllen. Eine Beteiligung der Sozialdemokratie an der Regierung wird aber schon an dem tiefen Gegensatz zwischen ihr und der Rechten scheitern. So dürfte es wohl zu dem Verlust einer Minderheitsregierung kommen, die sich von Fall zu Fall die Mehrheit sucht. Es ist aber nicht wahrscheinlich, daß ein solcher Verlust auf die Dauer Erfolg hat, und darum wird schließlich doch, so oder so, eine Lösung gefunden werden müssen.

## Streik der Pflichtarbeiter in Reutheun OS.

Reutheun, 26. April. Etwa 350 vom Wohlfahrtsamt den einzelnen technischen Betriebsverwaltungen der Stadt zugeleitete Pflichtarbeiter sind heute in den Streik getreten. Die Stadtverwaltung hat den Streik mit der sofortigen Einstellung der Wohlfahrtsunterstützungsleistungen an die Streikenden beantwortet.

## Regierungsbildung in Anhalt

SA, Dessau, 26. April. (Ein Draht). Die Rechtsparteien des Anhaltischen Landtags verhandeln bereits eifrig über die von ihm zu bildende Regierung. Beteiligt an diesen Verhandlungen sind die Nationalsozialisten, die Deutschnationalen und die Volksparteier. Den Ministerpräsidenten werden die Nationalsozialisten stellen.

## Die Notlage der Gemeinden im Amtsbezirk Karlsruhe

Am letzten Freitag fand in Karlsruhe im Kaiserhof unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Jäck von Gröningen eine Gemeindevereinerkammerung des Bezirks Karlsruhe-Land statt, zu der sämtliche Bürgermeister des Landbezirks erschienen sind. Den Hauptanlaß der Tagungsordnung bildete die überaus schmerzhafte Notlage der Gemeinden des Bezirks, insbesondere der Arbeiterwohngebiete um die Städte Karlsruhe und Durlach. Die Ausführungen der einzelnen Gemeindevorstände ergaben ein erschütterndes Bild über die Notlage der einzelnen Gemeinden. In einer ganzen Anzahl von Gemeinden sind zwei Drittel der Einwohner arbeitslos, davon sind wieder mehr als die Hälfte anscheinend und müßten von den Gemeinden unterstützt werden. Es wurde immer und immer wieder betont, daß die Not in den Landgemeinden viel größer ist, als in der Stadt und viel schlimmer ist, als dies die Regierung und die Stadtbevölkerung weiß. Die Notlage wird noch dadurch vergrößert, daß eine Anzahl Rhein-, Alb- und Pfalzgemeinden im letzten Jahre durch mehrere Schornsteinschmer geschädigt wurden, weil erhebliche Gemarkungsstücke vollständig überflutet wurden und die Bodenverhältnisse verunstaltet wurden. Die Gemeinden haben bis jetzt alle Anstrengungen gemacht, diese Wohlfahrtsunterstützten durchzubringen und haben alle Steuerguellen erschöpft. Die Gemeinden sind aber jetzt am Ende ihrer Kraft anclanant. Einzelne Gemeinden haben bis jetzt aus den verbliebenen Reichsloans Beihilfen erhalten. Nach ihnen gemordener Mittelteilung sollen jetzt auch diese Quellen aufhören. Neue Steuern können nicht mehr eingeführt werden. An Ueberweisungssteuern erhalten die Gemeinden nichts mehr ausbezahlt, weil die Regierung alles zurückbehalten hat für Lehrer, Straßensanften und Krisenfürsorgebeiträge usw. Unerträglich und untragbar ist es auch für die Gemeinden, daß eine Anzahl von Berufen in Gemeinden unter 10 000 Einwohnern, nicht zur Krisenunterstützung umschaffen werden, wodurch die Gemeinden noch weiter belastet werden.

Notstandsarbeiten können die Gemeinden wegen Mangel an Mitteln nicht durchführen. Der Vorfrühe wurde ersucht, der Regierung den Ernst der Lage der Gemeinden nochmals darzulegen und um weitere Hilfe zu bitten.

## Marktberichte

**Viehmarkt in Durlach am 26. April.** Aufgetriebene Tiere: Kühe 26, Kalbinnen und Rinder (Zugvieh) 4, Kälber 1, Verkaufte Tiere 20 Kühe, 4 Kalbinnen und Rinder, 1 Kalb. Preise: Zugochsen 220, 180, 280 M.; Kühe: 220, 200, 280 M.; Kalbinnen, trächtig 200, 180, 250 M.; Kälber 80, 60, 140 M.  
**Marktpreise in Kallatt am 25. und 26. April.** 53 Läufer, Preis per Paar 48-70 M., 312 Ferkel, Preis per Paar 28-40 M., Ueberstand: 16 Läufer, 34 Ferkel. Viehmarkt: 201 Stück Großvieh, 22 Kalbinnen, Verkauf wurden: 25 Kühe, 50 Rinder, 10 Kalbinnen, 5 Kälber. Preis der Kühe 120-400 M., Kalbinnen 250 bis 380 M., Rinder 70-250 M., Kälber 40-70 M.

## Aus aller Welt

### Notlandung eines französischen Flugzeuges an der Obermojel

Trier, 26. April. Heute mittags 1/1 Uhr überflogen zwei französische Militärflugzeuge, die aus südlicher Richtung kamen, die deutsche Grenze in der Nähe des Reblingenhofes bei Falsam an der Obermojel. Nachdem sie über dem Hof mehrmals kreuzt hatten, ging einer der Apparate auf deutschem Boden nieder. Das Flugzeug wurde bei der Landung leicht beschädigt. Der zweite Apparat flog darauf wieder über die Grenze zurück. Landjäger und Polizei waren sofort zur Stelle, nahmen den Flieger fest und stellten den Apparat unter Bewachung. Der Flieger erklärte, von Straßburg gekommen zu sein und sich verirrt zu haben. Die Landung habe wegen Motordefektes erfolgen müssen. Die französische Maschine trägt die Bezeichnung N. S. 4.

### Tabaksmugglerkolonne in Wandsbed verhaftet

Wandsbed, 26. April. Die Zollfahndungsstelle hat hier eine vierköpfige Tabaksmugglerkolonne, die in sechs Tagen 23 Zentner Tabak von Holland heringebracht haben soll, festgenommen. Der Gang soll durch einen Trick gelungen sein. Ein Zollbeamter habe sich das volle Vertrauen der Bande zu erringen gewußt und sei als fünfter Mann eingereicht worden. Nachdem er mehrere Biere mitgemacht hatte, habe er die Fahndungsstelle benachrichtigt. Die Schmuggler seien völlig überfallen worden.

### Sprengstoffe im Frankfurter Stadtwald

Frankfurt a. M., 26. April. Am Sonntag vormittags fanden Kinder im Frankfurter Stadtwald in der Nähe von Neu-Heuburg mehrere Sprengkörper. Diese waren wasserfest abgedichtet und lagen im Schlamm des Erlenbachs vergraben. Durch das Kantieren der Kinder mit dem gefährlichen Fund explodierten zwei der Sprengkörper unter harter Rauchentwicklung. Ein Neu-Heuburger Bürger, der zufällig an der Fundstelle vorbeikam, nahm den Kindern die Munition ab und übergab sie der Polizei. Bei den Sprengkörpern handelt es sich vermutlich um solche, die der Eisenbahn als Koffert dienen. Sie entwickeln lediglich einen starken Rauch, haben aber nicht die Explosivkraft, die man bei Sprengkörpern voraussetzt. Es besteht die Vermutung, daß die Funde aus einem Diebstahl herrühren.

## Volkswirtschaft

### Badische Landwirtschaftsbericht

St. Freiburg i. Br., 26. April. In dem Geschäftsbericht der Badischen Landwirtschaftsbank (Bauerndank) GmbH, Karlsruhe, über das 32. Geschäftsjahr (1931) wird u. a. etwa folgendes ausgeführt: Die Spareinlagen der Kreditgenossenschaften bei der Bank gingen von 52,46 Mill. Mark auf 50,71 Mill. Mark zurück, die laufenden Einlagen von 6,20 Mill. auf 4,74 Mill. Mark, bei den Einlagen der Einzelpersonen betrug der Rückgang der Spareinlagen von 22,65 Mill. Mark auf 21,28 Mill. Mark, laufende Einlagen von 2,60 Mill. Mark auf 2,07 Mill. Mark. Unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse 1931 ist das Ausmaß dieser Verminderung nicht unbedeutend. Die Zahl der Spar- und Kreditgenossenschaften hat sich trotz Vergrößerung und Rückgang der Kreditgenossenschaften auf 313 Mill. Mark erhöht, die gegenüber der Spargenossenschaften haben sich von 13,85 Mill. Mark auf 12,79 Mill. Mark, diejenigen der Einzelpersonen von 4,76 Mill. Mark auf 4,30 Mill. Mark vermindert. Der Umlauf auf Wechselkonto ist von 44 Mill. Mark auf 40 Mill. Mark zurückgegangen, was vornehmlich auf die Geldknappheit im 2. Halbjahr 1931 zurückzuführen ist. Der nach rechtlichen Abschreibungen verbleibende Nettogewinn beträgt 143 657 Mark und soll nach 29 000 Mark weiteren Rückstellungen zur Verteilung von 3 Prozent Dividende verwendet werden, während 11 189 Mark neu vorgetragen werden. Die gesamten offenen Reserven haben sich auf 789 000 Mark erhöht. Der Aufwertungsfonds von 220 932 Mark soll für eine 10prozentige Aufwertung der Spareinlagen von Einzelpersonen verwendet werden. Die Zahl der Mitglieder ermäßigte sich von 2377 auf 2145. Davon waren 2050 Genossenschaftsmitglieder.

Seit nachmittags fand hier die 33. o. S. B. der Bad. Landwirtschaftsbank unter Leitung des Aufsichtsratsvorsitzenden, Reichstagsabgeordneter Carl Diez, statt. Als Vertreter der Bauernschaft waren Dr. v. Lindenberg, Widdau und Direktor Schotte, als Vertreter des Landbundes der Abg. Jagin anwesend. Abg. Diez wies darauf hin, daß es gelungen sei, eine Bilanz aufzustellen, die als solch bezeichnet werden muß. Zu warnen sei heute vor einer Vollstreckung des Genossenschaftswesens. Den Geschäftsbericht erarbeitete Landdirektor Kumbel. Als sich Herr Gauer-Pfaffendorf gegen eine Vollstreckung des Genossenschaftswesens aussprach, verurteilte die anwesende Opposition den Redner am Weiterreden zu hindern. Der Geschäftsbericht des Aufsichtsrats wurde von Herr-Zinsheim erarbeitet. Der Bilanz- und Dividendenvoranschlag von 3 Prozent wurde fast einstimmig angenommen. Dem Aufsichtsrat wurde Entlastung erteilt. Dann erfolgte die Neuwahl der sapsungemäß auscheidenden Aufsichtsratsmitglieder.

### Ein Talent der Reinmagerkunst

In Küche und Haus ist das wundervolle IM. Eine heike IM-Ebung macht kurzen Prozeß mit allem Schmutz und Schmutz. Das Reinmager IM ist im Sommer, die Schaben hanteln, auch Baden und Hände - alles leicht in praktischer Weise. Es gibt einfach keine Reinmagerarbeit, die IM nicht schnell, gründlich und billig befragt.

Vertriebsleiter Georg Schmitt, Verantwortlich: Volmar Freimann, Baden, Volkswirtschaft, Gemeindefürsorge, Soziales, Reutheun, Aus aller Welt, Die Welt der Frau, Vieh Nachrichten & G. R. u. Baum; Groß-Karlsruhe Gemeindefürsorge, Durlach, Aus Reichsbaden, Reichsbanner, Karlsruhe Umgebung, Sozialistisches Jungvolk, Heinau und Wöhrden, Sport und Spiel, Auskünfte: Josef G. G. Verantwortlich für den Anzeigenenteil: Gustav Krüger, Badische Wohnbau in Karlsruhe

# Rauchen Sie lieber eine Zigarette weniger, aber dafür eine gute



Allen Packungen liegen bei:  
Bergmanns Bunte Bilder von Walter Trier  
Wertvolle Stickereien nach Prof. Poetter.

### Kleine bad. Chronik

#### Sonderbare Raufe

\* Flehingen bei Bretten, 26. April. Ein hiesiger Bürger rächte sich wegen ehelicher Differenzen an seiner Lebensgefährtin auf sonderbare Art. Kurz entschlossen zündete er in seinem Garten ein Feuer an und verbrannte seiner Frau den ganzen Bestand an Kleidern bis auf die, welche sie auf dem Leibe trug. Neben der Vernichtung des nicht unerheblichen Wertes wird sich der Unbelohnte auch wegen Verletzung der feuergefährlichen Vorschriften zu verantworten haben.

#### Rasenschnur im Rhein

\* Mannheim, 26. April. Anfangs März wurde in einer Eisenrohrhandlung in Rheinau ein Rasenschnur mit über 4000 M. Bargeld und den Geschäftsbüchern gestohlen. Er wurde vom 2. Stock in den Hof geworfen und auf einem schweren Handwagen fortgeschafft. Trotz allen Suchens konnte weder der Rasenschnur noch der Handwagen gefunden werden. Die fortgesetzten Ermittlungen lenkten einigen Verdacht auf bestimmte Personen. Durch die Festnahmen und Durchsuchungen haben sich die Verdachtsgründe erweitert. Sechs Personen, darunter eine Frau, befinden sich jetzt in Haft und kommen teils als Täter, teils als Helfer in Frage. Der erbrochene Rasenschnur wurde nach seiner Ausplünderung samt dem Transportwagen im Rhein versenkt.

#### Der Brandstiftler

\* Landschau (Amt Bruchsal), 26. April. Gestern früh ist das Anwesen des Schuhmachers Franz niedergebrannt. Von Fabrikanten ist wenig berichtet worden. Brandursache ist noch nicht geklärt.

\* Brühl (Amt Donauwörth), 26. April. Gestern nachmittag brannte die Feldscheune des Landwirts Johann Schwärzler vollständig ab. Der Schaden beläuft sich auf etwa 1700 M. Als Brandstifter kommen zwei Kuben im Alter von 5 und 6 Jahren in Frage, die außerhalb der Scheune Gras anzündeten, das den Brand verursachte.

\* Wallbühl, 26. April. Am Montag morgen gegen 1 Uhr brach in der Scheune und Holzlagerhalle des Sägewerksbesizers Theodor Mitten Feuer aus, das in den großen Holzstapeln reiche Nahrung fand. Die neu erhaltenen Gebäulichkeiten sind bis auf den Grund niedergebrannt. Es ist bereits das dritte Mal innerhalb kurzer Zeit, daß das Sägewerk durch einen Brand heimgesucht wurde. Man vermutet Brandstiftung und neigt zu der Annahme, daß ein Rasentisch vorliegt. Die Untersuchungen sind im Gange.

#### Verkehrsunfälle

\* Löffingen, 26. April. In einer Straßenabzweigung stießen hier zwei Motorradfahrer mit solcher Wucht zusammen, daß beide Fahrzeuge gebrauchsunfähig wurden, wogegen die Fahrer glücklicherweise ohne schwere Verletzungen davonkamen.

\* Tiefenbach, 26. April. Nach gut abgelaufenem ist hier ein Unfall, der dadurch entstand, daß ein Radfahrer in voller Fahrt aus einer Seitengasse herausstieß und auf einen Lastwagen aufprallte. Der Radler, ein 16jähriger Junge, stürzte und blieb bewußtlos liegen, konnte aber später wieder seine Fahrt fortsetzen. Da der Lenker des Autos sofort gehalten hatte, blieb der Unfall ohne ernsthafte Folgen.

\* Hohenbach bei Heidelberg, 26. April. Am Sonntag vormittag ereignete sich auf der Straße Rohrbach-Steinsfurt auf freier Strecke dadurch ein bedauerlicher Unfall, daß das 7 Jahre alte Kind des Karl Fischer von Rohrbach den Fußgängerpfad verließ, einem Motorradfahrer in voller Fahrt in das Motorrad hineinstieß, an Boden geworfen wurde und schwere Verletzungen am rechten Oberarm davontrug.

### Aus der Stadt Durlach

#### Johann Strauß konzertiert

Wohl weiß Karlsruhe zur Zeit ziemlich überladen ist mit Veranstaltungen, haben die immer gern geliebten Künstler aus Wien mit ihrem berühmten Dirigenten Johann Strauß zu ihrem Gastspiel die Stadt Durlach gewählt; die Vorbereitung des Konzerts hatte das Musikhaus Karl Reich in Durlach inne, dem für die Vermittlung dieses Kunstgenusses herzlich Anerkennung zu sollen ist. Leider war der Saal der Festhalle nicht voll besetzt; namentlich die feineren Plätze waren sehr schlecht von den Durlacher Bessersituiernten besetzt, während die billigen Plätze voll auf in Anspruch genommen waren.

Johann Strauß, der 67jährige Jüngling, ist seine Zuhörer wieder mit. Diese elegante, noch straffe gerade Gestalt, mit den scharf geschnittenen Gesichtszügen ist Musiker durch und durch. Sparsam in den Gesten, aber präzis und energisch, immer führend, das Orchester fest in der Hand haltend, so beherrscht Johann Strauß sein Orchester, das beiseits beiebt ist, und das über eine Reihe ausgezeichneter Künstler verfügt. Das Programm enthielt eine Auswahl bester Meisterkompositionen, vorwiegend des älteren Johann Strauß, des Biedermans-Komponisten, Kaiserwalzer, G'schichten aus dem Wiener Wald, der unschätzbare Donauwalzer, Niedermaus-Polka, Fantaſie aus „Zigeunerbaron“, und einige Wiener bekannte Sachen. Alte Bekannte, deren man aber nicht müde wird, die anzuhören man nimmer läßt wird, die Herz und Gemüt packen, fast echte Wiener Musik, hinreichend gepiept von Wiener Musikern. Der Beifall war denn auch unablässig. Johann Strauß zeigte nie mit Dreingaben, neben dem Hauptprogramm entsteht so immer ein kleines nicht minder Gutes Nebenprogramm. Das Stückstück war der mit prächtigen Schmuck und voll Schmitz und Wiener Tempo gezielte Kadenzmarſch. Auf baldiges Wiedersehen in Karlsruhe.

#### Maisfeier

Wie in den Vorjahren, so veranstaltet auch dieses Jahr das Gewerkschaftsamt, der Fabrik, die Sozialdemokratische Partei, das Sportartell und der Ev. Volkskirchenbund ihre diesjährige Maisfeier, wozu wir die gesamten Durlacher Arbeiter und Angestellten bitten, sich reiflich daran zu beteiligen. Der Evangel. Volkskirchenbund leitet den Tag ein mit einer Morgenfeier um 8 Uhr in der Stadtkirche unter Mitwirkung der Sängervereinigung des Turnvereins Aue (Dirigent Kurt Ansmann). Redner: Herr Farrer Reumann-Durlach. Um 10 Uhr Maisfeier am Festplatz auf dem Turngemeindeplatz Durlach, Gröninger Straße, umrahmt mit Musik und Gesang. Festredner Koll. Sigmund, Karlsruhe. 11 Uhr Maisfestzug durch die Straßen der Stadt nach dem Vorplatz der Goetheſchule, wobei die am Festzug sich beteiligenden Kinder Brezeln erhalten. Nachmittags 4 Uhr Maisfeier im Volkshaus Aue unter Mitwirkung sämtlicher Sorten des Turnvereins Aue. In Anbetracht der ersten Zeit bitten wir, daß sich die gesamten Arbeiter und Angestellten von Durlach sowie die von auswärts an der Maisfeierammlung, sowie am Festzug beteiligen. Gilt es doch in diesem Jahr stärker als zuvor für unsere Ideen zu demonstrieren, für Arbeit, Freiheit und Brot, sowie gegen Völkermord und für Völkerverbrüderung.

#### Die Durlacher Naturfreunde begehen ihre Frühjahrsfeier

Unter dem Motto: „Aus Not durch Kampf zum Sieg“, war das Programm gestaltet und wurde von den Zugabruppen Durlach und Karlsruhe reiflich bestritten. Getragen war die Feier von jugendlichem Glauben, von jugendlichem Klaffen- und Kampfbewußtsein. So wurde auch das Lied „Dem Morgenrot entgegen“ in neuer Vertonung vortragen. Schon war der Kontakt zwischen

# Nehmt zum großen Reinemachen



## die bewährten Henkelsachen!

Zuhalter und Bühne hergestellt und mit dem folgenden Zugang zu den Anwesenden zu finden. Es war „Die Ballade vom Unterschied in der Welt“, die besonders scharf den Klassenunterschied innerhalb der menschlichen Gesellschaft charakterisierte, und zwar mit dem Stempel proletarischer Tendenz, aber trotzdem realistisch. Die Ballade hat eine starke Anlehnung an die Songs der Dreißigerjahre.

Und nicht minder eindringlich war das Sprechwort „Der Arbeiter“, das den nahezu gleichen Charakter der Ballade trug. Doch waren es nicht Menschen, deren Inneres nur sprach, sondern auch deren Äußeres das Geiröschene zum Ausdruck brachte. Während „Die Arbeitsdienstpflicht“ ein für die Jugend besonders aktuelles Problem, und gerade eine Gefahr für die Jugend und die Arbeiterklasse ist, bald auch die Gefahr erobert hatte, um sich auch damit zu befassen. Besser hätte man die Figur des Aufsehers (ein Operationaler!) nicht treffen können; ein abgetakelter Mistfär, der der Jugend, die durch das kapitalistische System auf die Straße geworfen wurde, etwas Rationalismusbewußtsein beibringen will. Doch die Jugend schont sich dagegen auf, laßt den Aufseher davon. Das Stück richtet an die im Zuschauertraum befindliche Jugend, an die vielen anderen die Mahnung, gegen diese militärische Arbeitsdienstpflicht zu kämpfen.

Der nächste Programmpunkt „Proletarische Selbstkritik“ richtet sich an die sogenannten Salonrevolutionäre — und Salonsozialisten, für die Sozialismus nur Ballade ist, doch im Innern, in Kameradschaften, in Gesellschaft, in Kultur die reaktionärsten Bürger sind. Und mancher wird wohl sich selbst geprüft haben und vielleicht dabei feststellen müssen, daß er nicht viel nachsieht. Was es auch ein Verluſt Kritik zu üben, so muß man sagen, daß dies weit über einen Verluſt hinausragt. Uns fehlt gegenseitige Kritik.

Was die „Reportage unserer Zeit“ vortrefflich zeigt, ist, daß das Bürgertum einen Endkampf im Proletariat führen wird. Klar und deutlich werden darin bestehende Gegensätze in Kultur, Erziehung, Wirtschaft aufgewiesen. Der Rest der Reportage mündet sich direkt an die, die der Naturfreundebewegung fernstehen.

Die Veranstaltung endigt mit dem Sprechwort „Aufbruch“ und mit dem Liebes „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit“, das alle Anwesenden lebend singen.

Sehr eins nach Hause, in dem Bewußtsein, wirklich etwas proletarisches gelebt und gehört zu haben. Keine bürgerliche, sondern proletarische Festkultur.

Alle Mitwirkenden, Regisseur, Musiker, kurzum alle, waren ihrer Aufgabe voll und bewusst und haben sie zur Zufriedenheit gelöst. Wenn auch nur Dilettanten das Programm bestritten haben, so

kann man sagen, daß dasselbe sich trotzdem auf einem hohen Niveau bewege. Die Ortsgruppe Durlach verdient Anerkennung, für den Verluſt, auf dem Gebiet der Festkultur einen Vorstoß unternommen zu haben.

Parteiangehörigen und Genossen! Beachtet die Anzeige im Volksfreund. Macht die Säumnigen aufmerksam.

Kater Faden. Heute abend 8 Uhr große Sprechprobe im „Turnhaus“.

#### Seetiereerei und Fischfang in Not!

Wäre Wort noch, der große Sohn des Kaiserreiches Antonwälder durch seinen Roman „Zerfall ist not“ dem deutschen Volke zum Bewußtsein und Erhaltung des nationalen Selbstbewußtseins geworden ist, noch leben, er wäre die gegebene Persönlichkeit, unserem Volke den Ruf der deutschen Seetiereerei einzubläuen. Durch die Seetiereerei, welche für die deutsche Volksernährung, gerade in den gegenwärtigen Krisen, von allseitiger Bedeutung sein könnte, zehntausende von Fischerfamilien an der Ost- und Nordsee zuweilen in höchster Gefahr der Existenzverlustrung, weil sie ihre Fänge nicht mehr ablegen können, allen deutschen Fischerfamilien und Arbeiterfamilien an der Ost- und Nordsee bereitet Armut und Not, mangel es an Arbeit und Verdienstmöglichkeiten. Über 50 Prozent der deutschen Fischdampfer liegen weltweit die Fischdampferflotten infolge schäblichen Abwages der Seetiereerei nicht mehr bedien.

Über den tatsächlichen hohen Wert der Seetiereerei braucht man noch etwas gesagt zu werden, er ist von allen Anwesenden wünschenswert. Eine Ernährungslücke genügend gekennzeichnet. Insbesondere ist die hohe Eintragskraft des Fisches, der ihm zu einem bodenwertigen Nahrungsmittel macht, während von den zahlreichen Mineralstoffen, die dem Fischfleisch innewohnen, besonders Phosphor, Eisen, Kalzium und Jod, die für den Menschen und die Tierearten von größter Bedeutung sind, nicht zu vergessen. Die Seetiereerei ist eine wirtschaftliche und wertvolle Vitaminlieferant und wir haben diese Seetiereerei das ganze Jahr hindurch. Aber die hohe volkswirtschaftliche Bedeutung dieses Nahrungsmittels ist leider noch viel zu wenig bekannt. Daß uns hierzu andere Nachbarn, vor allem England, voranz sind, zeigen die nachfolgenden Verbrauchsziffern. In England werden pro Kopf und Jahr der Bevölkerung 55 Pfund Seetische verzehrt, während in Deutschland nur 2 Pfund pro Kopf und Jahr verzehrt werden. Es liegt im allgemeinen volkswirtschaftlichen Interesse, in Deutschland der Seetiereerei eine wesentliche Steigerung einzuführen. Wir können Brot und Arbeit aus eigenen Quellen schöpfen. Und das ist die Not.



### Die Polizei berichtet:

**Zur Anzeige gefangen**  
Vier Personen wegen großen Unfalls und Raubföhrung, eine Person wegen Tierquälerei und 20 Kraftfahrzeugführer, Fußwerkseifer und Radfahrer wegen Nichtbeachtung der erlassenen Verkehrsverordnungen.

**Festgenommen**  
wurden 10 Personen, die dem Polizeipräsidium sveds Straf- erhebung vorgeführt wurden, eine ledige 20jährige Hausangestellte, die sich aus einem hiesigen Heim entfernt hatte und seit dieser Zeit wohnungslos in der Stadt herumtrieb; ein sinnlos betrunke- ner 52jähriger Fußmann, der nach erlangter Rüsternheit wieder aus dem polizeilichen Gewahrsam entlassen wurde.

**Entwendet**  
wurden am Dienstag 10 Fahrräder.

**Zusammenstoß**  
Bei einem Zusammenstoß in der Kaiser-Allee wurden zwei Per- sonen kraftwagen tödlich beschädigt. Nichtbeachtung der aufgestellten Verkehrsregeln und der Vorfahrtsregel sind die Ursachen des Zusammenstoßes.

**Festgestellt**  
Die Persönlichkeit des am 21. April bei der Volkswartweierer Bahnüberführung aufgefundenen Toten ist festgestellt worden. Es handelt sich um einen auswärtigen Straßenwärt.

### Badisches Landestheater

**8. Sinfoniekonzert des badischen Landestheaterorchesters**  
Den Namen von internationaler Rang und Ruf in der Sinfonik der diesmütigen Sinfonienabende führt nun das letzte und 8. Konzert (Mittwoch, den 27. April) nach zwei alter Bebau- ten am 11. April für jeden Musikkenner ein ganz besonde- res Ereignis. Richard Strauss wieder einmal als Dirigent- punkt des Landestheaterorchesters zu sehen, so steht in der Mitwir- kung von Edwin Fischer kaum ein minder interessantes Er- lebnis bevor, das zudem dadurch, daß für den gemeinsamen Vor- trag der beiden Prominenten jetzt Beethoven's G-Dur-Klavieren- sonate (Nr. 4, op. 58) bestimmt wurde, noch stark erhöhte Bedeutung gewinnt. Einen ganzwilligen Abschied verabschieden auch die um- rahmenden Instrumentalstücke, Beethoven's Pastorale und Straussens eigene Lombidura „Till Eulenspiegel“, jedenfalls ist gerade dieser Abend vor allem geeignet, nochmals die repräsen- tative Rolle der Sinfoniekonzerte im öffentlichen Musikleben nach- drücklich fundusum.

### Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Das weitere Wetter hat bisher angehalten, da über den Mitteln die herannahende Störung ihren Einfluß noch nicht bis nach Süddeutschland ausbreiten konnte. Inzwischen ist jedoch im Westen eine neue Störung nachgerückt, so daß wir nicht mehr mit längerem Bestand der trockenen Witterung rechnen können.

**Wetterausblick für Donnerstag, den 28. April:** Bewölkungs- zunahme, später leichter Regen, Temperaturen wenig verändert, aufziehende Südwestwinde.

### EISERNE FRONT KARLSRUHE

**J. B. 1 und 5**  
Donnerstag, 28. April, abends 8 Uhr, wichtige Besprechung im „Gambinus“ (Ludwigsplatz).

**J. B. 4**  
Donnerstag, 28. April, abends 8 Uhr, Versammlung in der „Deutschen Eiche“, Zahlreiches Erscheinen wird erwartet.

### Jugend

**Wochenprogramm der S A J**  
Karlsruhe  
Mittwoch: Groß-Karlsruhe: Aktion Radfahrer! Wir, die mit nach Süddeutschland an Aufnahmen, treffen sich um 19 Uhr im Jugendheim. Dofelst lege Anmeldung und alles Nähere über die Fahrt selbst.  
SSG: Im JSA-heim Vortrag.  
SSG: Halle: Um 20 Uhr Gruppenabend im Rest.  
Spielmannszug: Alle Helfer, die Zeit haben, treffen sich um 2 Uhr im Jugendheim.  
Donnerstag: Groß-Karlsruhe: Von 18.30 bis 19.30 Uhr Bibliothek im Volkshaus.  
Gruppe Mühlburg: 20 Uhr im Beiseinfall der Garbische Kampfabend mit dem Motto: „1. Mai“.  
Freitag: Spielmannszug: 20 Uhr im Waldheim Generalprobe. Spiel- manz mitbringen.  
Samstag: Groß-Karlsruhe: Wir beteiligen uns am Umzug der Karlsru- her Arbeiterfront. Näheres wird noch bekanntgegeben.  
SSG: Zusammenkunft im Heim am Mittwoch, den 27. April, 20 Uhr.

**Durlach**  
Mittwoch, 27. April: Arbeitsgemeinschaft über Mariämonn von Gen. Dr. Stern.  
Donnerstag, 28. April: Körperübungen.  
Freitag, 29. April: Zusammen und Wachen.  
Sonntag, 1. Mai: Näheres Mittwoch.  
**Ettlingen**  
Donnerstag, 28. April: Sprechchor. — Freitag, 29. April: Sprechchor.  
— Sonntag, 2. Mai: Funktionärstagung.

### Wochenprogramm der Kinderfreunde

**Karlsruhe**  
Mittwoch, den 27. April: Kassenverammlung im Waldheim. Treff- punkt der einzelnen Gruppen wie folgt: ESK: 145 Uhr Zurlacher Tor; ESK: 145 Uhr Gutenbergstraße; ESK: 145 Uhr Jugendheim; ESK: 4 Uhr Waldheim; ESK: 4 Uhr Lindendplatz.  
Trommler und Pfeifer haben sich am Mittwoch um 5 Uhr mit Instru- menten im Waldheim einzufinden.  
Geier: Freitag, 8 Uhr, Übung Ritterstraße 7.  
**Durlach**  
Note Hatten: Mittwoch, 27. April, nachmittags 145 Uhr Fortsetzung der Arbeitsgemeinschaft.  
Nacht- und Jungfrauen: Mittwoch, 27. April, nachmittags 3 Uhr, Nach- mittagspauslergang. Treffpunkt im Dorf.  
**Weingarten**  
Note und Jungfrauen. Samstag, 30. April, mittags 3 Uhr, bei Genolle Haupt Bad, Bahnhofstraße, Zusammenkunft. Alle Erscheinen ist unde- rhalb erforderlich, weil wir noch einen Sprechchor lernen müssen auf Pfingsten ins Probepflichter. Fangt heute schon an zu sparen, daß ihr alle mit könnt.

**Dereinsanzeiger**  
Sozialdemokratische Partei Durlach. Freitag, 29. April, abends 8 Uhr im Lokal „Festhalle“ Mitgliederversammlung mit Vortrag: „Ausfall der Wahlen und die politische Lage.“ Referent: R. u. z. 412  
1 Uhr: Ausschusssitzung.

## Freiwilliger Arbeitsdienst oder freie Arbeit

Von gewerkschaftlicher Seite wird uns geschrieben:  
Dem Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 16. April 1927 wurde durch die zweite Notverordnung vom 5. Juni 1931 ein neuer § 139 a eingefügt. Dieser Paragraph bestimmt, daß die Reichsanstalt den freiwilligen Arbeitsdienst fördern soll. Es dürfen dafür Mittel der Arbeitslosenversicherung und der Arbeitslosenversicherung inwieweit eingesetzt werden, als es mit Rücksicht auf die Beteiligung unterliegender Arbeitsloser angemessen ist.  
Gefördert als freiwilliger Arbeitsdienst dürfen nur solche gemein- nützige zusätzliche Arbeiten werden, die ohne die Förderung auch nicht im Wege der Kostenträgerarbeiten bereit gestellt werden können. Es sind dies z. B. Bodenverbesserungsarbeiten, Beseitigung von Siedlungs- und Kleingartenland, örtliche Verkehrsverbesserungen und Arbeiten, die der Hebung der Volksgesundheit dienen.  
In der Hauptsache wird es sich also beim freiwilligen Arbeits- dienst um Erdbewegungen handeln.  
Es ist daher die Frage aufzuwerfen: Sind die Kosten der Arbeits- ausführung im freiwilligen Arbeitsdienst geringer als im freien Arbeitsverhältnis? Hier ist wie aus folgender Darstellung ersichtlich, unbedingt mit „Nein“ zu antworten:  
Beim freiwilligen Arbeitsdienst kommt zunächst in Betracht:

- I. Direkte Kosten.**
1. Reich bzw. Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenver- sicherung zahlen in der Regel pro Tag und Arbeitsdienstwilligen 2.— M Zuschuß.
  2. Die tägliche Arbeitszeit bei Arbeiten im frei. Arbeitsdienst beträgt etwa 6 Stunden gegenüber 8 im freien Arbeitsverhältnis. Mithin Minderleistung 25 Prozent und entsprechende Fortzahlung des Förde- rungsschusses für die Zeit der Einkommenslücke der Beseitigung der Arbeit.
  3. Die Minderleistung der Arbeitsdienstwilligen wird nach sachkundiger Berechnung angenommen mit 1/4 gegenüber den Arbeitern im freien Arbeitsverhältnis.
  4. Der dem Träger des Arbeitsdienstes gewährte Förderungsbetrag von 2.— M pro Tag und Arbeitsdienstwilligen reicht höchstens aus für Verpflegung, Taschengeld und Unterkunft.
  5. Daneben entstehen dem Träger des A.D. weitere Kosten für: Arbeits- gerät, zusätzliche Arbeitskleidung, Werbung, Aufsicht, Büro, Fahr- kosten für Hin- und Rücktransport, Übernahme der Sozialbeiträge, insbesondere der Unfallversicherung.
  6. Auch das Reich und die Reichsanstalt (Kaufstoffe, Zinsen- und Ver- bindlichkeiten) haben Kosten für Beschaffung der Projekte, ständige Kon- trolle, Weiterzahlung der Unterhaltung über die Ausdehnung hinaus und dergl.

**II. Indirekte Kosten.**

1. Da die Tätigkeit im Arbeitsdienst ein geschicktes Arbeitsverhältnis nicht begründet, entstehen Nachteile an Steuern (von Arbeitgebern und Arbeitnehmern). Weitere Nachteile entstehen an Beiträgen in der ein- schließlich Sozialversicherung.
2. Die Reichsanstalt bzw. das Reich müssen den Förderungsbetrag von 2.— M pro Tag bis zu 20 Wochen weiterzahlen; während der Arbeits- losen der Arbeitsdienstwilligen im Arbeitsdienst schon früher aus der A.D. bzw. A.D. ausbezahlt gewesen wäre.

Da die Arbeitsdienstprojekte überwiegend Tiefbauarbeiten sind, kommt wenn dieselben gegen Tariflohn, also in freier Arbeit ausgeführt werden, der Reichsanstalt für das Baugewerbe in Betracht. Der § 5 Ziff. 6 des W.Z. bestimmt, daß für Arbeiter die in den letzten drei Jahren nicht mindestens 4 Monate ununterbrochen im Baugewerbe gearbeitet haben, der Tariflohn um 10 Prozent gekürzt wird.  
Unter Berücksichtigung der vorstehenden Gesichtspunkte sind die Kosten im freien Arbeitsdienst den Kosten einer freien Unternehmerarbeit gegen- über zu stellen. Dabei ist zu bemerken, daß die Tagesleistung eines Tief- bauarbeiters bei einer Erdbewegung 3—6 Kubikmeter in 8 Stunden be- trägt. Bei der folgenden Berechnung wird die Durchschnittsleistung eines Arbeiters bei Tariflohn von 4,5 Kubikmeter täglich zugrunde gelegt.  
Der Tiefbauarbeiter-Tariflohn beträgt 8.31 im Reichsdurch- schnitt 68 Pfennig. Nimmt man trotzdem bei der Berechnung 70 Pf. an, so deshalb, um nicht den Anschein zu erwecken, als wäre beachtigt, mit Gewalt die freie Unternehmerarbeit im Rollenpunkt recht nieder zu ge- fallen.

Bei freier Unternehmerarbeit ergeben sich folgende Kosten:

Tagesverdienst pro Arbeiter 8 Std. à 70 Pf. =	5,60 M
für Unternehmerschlag 35 Prozent =	1,96 M
<b>zusammen: =</b>	<b>7,56 M</b>

Die durchschnittliche Tagesleistung eines Tiefbauarbeiters bei Erdbewe- gung beträgt 4,5 Kubikmeter. Die Kosten für 19- und Unternehmer für 1 Kubikmeter Erdbewegung mithin 7,56 : 4,5 = 1,68 M.

### Auskünfte der Redaktion

**Arbeiterjugend, Karlsruhe.** Den Jugendgenossen, der am Sams- tag in Begleitung von zwei anderen Genossen mit mir wegen eines Referats am kommenden Dienstag verhandelt hat, bitte ich, bei mir (Redaktion) vorzusprechen oder mich anzurufen. G. Sch.  
**F. 10.** Nach einer neueren Bekanntmachung soll die Gebühr für alle Erwerbslosen erlassen werden, die schon 6 Monate Kundfunk- hörer sind. Die Erlassung erfolgt aber nur auf entsprechenden An- trag.  
**F. 100.** Der ganze Verein ist haltbar, aber der Gläubiger muß jedes Mitglied verlassen. Anders ist es, wenn es sich um einen eingetragenen Verein handelt. Im letzteren Falle braucht nur der Vorstand eingeklagt zu werden.  
**F. 101.** Es ist basenige Einkommen zugrunde zu legen, das zur Zeit bezogen wird. Wenden sie sich deshalb an die Bürger- steuerstelle mit einem entsprechenden Antrag.  
**Beamter.** Ja, er darf Mitglied sein. Nur darf er keine Tätig- keit entfalten, die sich gegen den heutigen Staat richtet.  
**Nr. 100.** Wie aus Ihrer Anfrage ersichtlich, sind Sie als Saison- arbeiter behandelt worden. Nach unserer Auffassung müßte der Tabakarbeiterberuf in Frage kommen. Verlangen Sie deshalb Aufklärung beim Arbeitsamt und erheben Sie zugleich Einspruch beim Spruchauschuß des Arbeitsamts.

Wie hoch rechnen sich die Kosten für dasselbe Quantum Erdbewegung im freiwilligen Arbeitsdienst?

- a) Leistungsrechnung eines Arbeitsdienstwilligen:  
1. Sechs Stunden Arbeit gegenüber acht Stunden im freien Arbeits- verhältnis ergeben eine Minderleistung (siehe oben unter I 2) von 25 Prozent  
2. Die Minderleistung im Arbeitspensum beträgt 1/4 = etwa 35 Prozent Minderleistung zusammen: ca. 60 Prozent  
3. Während der freie Arbeiter pro Tag 4,5 Kubikmeter Erde bewegt, benötigt der Arbeitsdienstwillige hierfür (da nur ca. 40 Prozent Leistung) 2 1/2 Tage, er bewältigt mithin nur 1,63 Ku- bikmeter pro Tag.  
b) Finanzelles Ergebnis)  
1. 4,5 Kubikmeter Erdbewegung kosten im freien Arbeitsver- hältnis (Zohn Plus 35 Prozent Unternehmerschlag) 4,5 · 1,68 = 7,56 M  
2. 4,5 Kubikmeter Erdbewegung erfordern im Arbeitsdienst an öffentlichen Zuschüssen für 2 1/2 Arbeitstage à 2 M = M 5,50  
Die Zuschüsse von 5,50 M reichen pro Arbeitsdien- stwilligen in 2 1/2 Tagen höchstens für Verpflegung, Taschengeld, (s. oben unter I 4).  
3. Darüber hinaus Kosten des Trägers des A.D. für: Arbeitsgerät, zusätzliche Arbeitskleidung, Werbung, Aufsicht, Büro, Fahrkosten für Hin- und Rück- transport, Sozialversicherungsbeiträge, insbesondere für Unfallversicherung (s. oben I 5), Anfall pro Tag und Arbeiter 70 Pf. für 2 1/2 Tage M 1,92  
4. Kosten der Reichsanstalt und dem Reich für Be- arbeitung der Projekte, ständige Kontrolle, Weiter- zahlung der Unterhaltung über Ausdehnung hin- aus (s. oben I 6) Anfall pro Tag und Arbeiter 40 Pf. für 2 1/2 Tage = M 1,10  
4,5 Kubikmeter Erdbewegung kosten mithin:  
Reich, Reichsanstalt und Träger des A.D. zu- sammen: M 8,52 8,52 M  
Bei Unternehmerarbeit kostet dieselbe Arbeits- einheit mithin weniger: 0,96 M

NB. In der vorstehenden Berechnung wird von einer einfachen Erdbewe- gung ausgegangen. Das Verhältnis der Leistungen zwischen Arbeitsdien- stwilligen und freien Arbeitern ist jedoch gleich, ob es sich um Erdbewe- gung, Dränage, Meliorations- oder sonstige Arbeiten handelt. Es wird noch ungünstiger für die Arbeitsdienstwilligen, wenn Spezialarbeiten aus- zuführen sind.

Wie wirkt im Arbeitsdienst der Ausfall an Steuern und Sozialbeiträgen?

(Die Berechnung beruht auf Schätzung, dürfte jedoch der Wirklichkeit ent- sprechen.)  
Mitte März 1932 betrug die Zahl der Arbeiter im Arbeitsdienst etwa 30000.  
Diese 30000 Arbeiter 20 Wochen im freien Arbeitsverhältnis beschäftigt, ergeben nach dem oben errechneten Arbeitsverdienst (70 Pf. Stundenlohn = 5,60 M pro Tag = 33,60 M pro Woche eine Lohnsumme von 30000 × 33,60 M × 20 Wochen = 20 100 000 M.  
Die Steuern und Sozialbeiträge von Arbeitnehmern und Arbeitern zu- sammen mit 25 Prozent der Lohnsumme angenommen, ergeben für die Steuer- und die sozialen Versicherungsbeiträge eine Reineinnahme von 5 040 000 M.  
Dieser Betrag reicht aus, um 7500 Arbeiter auf weitere 20 Wochen zum oben errechneten Tariflohn zu beschäftigen.  
An Steuern und Sozialbeiträgen würden diese 7500 Arbeiter und die Sozialbeiträge in den 20 Arbeitswochen aufbringen weitere 1 250 000 M die ihrerseits wieder ausreichen, um 1860 Arbeiter auf weitere 20 Wochen zum Tariflohn zu beschäftigen.  
Ergebnis: Man wäre also in der Lage, nicht nur 30000, sondern 39 860 Arbeiter zum Tariflohn 20 Wochen lang zu beschäftigen.  
Deshalb Einfluß der Arbeitslosen nicht im Arbeits- dienst, sondern in freier produktiver Arbeit.  
Arbeitsdienst ist nicht Befestigung, sondern Verzögerung und Verschärfung der Krise.

Dazu kommt, was z. B. das allernötigste ist, daß durch freie Arbeit die Kaufkraft von rund 39 000 Arbeiter gehärt und über 20 Wochen erhalten wird.  
Geschäftsleute und Bauunternehmer, die heute nicht auf Kosten arbeiten, hätten Verdienst.  
Wenn wir in Deutschland nicht ein Land der Ruin werden wollen, dann weg mit dem freiwilligen Arbeitsdienst und an dessen Stelle freie Unter- nehmerarbeit zu Tariflohn.  
Schwerer würde auch außerordentlich dazu beitragen, daß die Fürsorge- ämter entlastet werden. pha.

### Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

**Sterbefälle und Beerdigungsseiten.** 24. April: Crescentia Schnei- der, 67 Jahre alt, Witwe von Joh. Schneider, Bahnwart (Mühl- burg). — 25. April: Anna Reinold, 66 Jahre alt, Ehefrau von Ludwig Reinold, Fuhrmann. Beerdigung am 28. April, 13.30 Uhr. Ernestine Reinold, 66 Jahre alt, Ehefrau von Ernst Rein- hold, Emalier. Beerdigung am 27. April, 13.30 Uhr. Josef Rob- rer, 62 Jahre alt, Wagner, Chemann (Mühlburg). 26. April: Jo- sefa Stirn, 76 Jahre alt, Witwe von Wilhelm Stirn, Kaufmann. Beerdigung am 28. April, 14 Uhr.

### Veranstaltungen

Mittwoch, den 27. April 1932:  
Badisches Landestheater: 8. Sinfoniekonzert. 20 Uhr.  
Badische Lichtspiele: Wpbat. 20.30 Uhr.  
Kammer-Lichtspiele: Stimme der Volkshaus. Besprogramm.  
Rehden-Lichtspiele: Der Sieger. 11a-Wochenplan. Olympische Spiele.  
2. Ufa-Gabareit. Gesellschaft: Die Wälderung.  
Gausburg: Maranthe von Bombardur. Besprogramm.

**Webers Kohlen- Herde**  
a. Zeit, ab 11 Uhr abh  
Ihr alter Herd wird in Zahlung genommen.  
G. Dürer, Wilhelmstr. 63

**Einmalige Gelegenheit!**  
Wir verkaufen spott- billig große Mengen

**Brennholz**  
**Bretter**  
**Risten**  
**Büromöbel**  
aller Art

**Werkzeuge**  
für jeden 2444  
Verwendungszweck

**Maschinenbaugesell- schaft** Verrechnungsbüro

### Aus dem Gerichtssaal

#### Schwurgericht Karlsruhe Wegen Meineids verurteilt

Wegen Meineids fand heute der 56jährige Bauaufseher Ernst M... aus Forstheim vor den Geschworenen. Es wird ihm zur Last gelegt, in einem am 20. Oktober v. J. vor dem Forstheimer Amtsgericht gegen seinen früheren Arbeitgeber verhandelten Prozeß wegen Sprengstoffvergehens unter Eid unwahre Angaben bezüglich der von ihm erstatteten Anzeige gemacht zu haben. Das Schwurgericht gelangte zu der Ueberzeugung, daß sich der Angeklagte eines fahrlässigen Falshelbes schuldig gemacht habe und sprach eine Gefängnisstrafe von zwei Monaten aus.

#### Gewerbmäßige Vortreibung

Im Karlsruhe, 26. April. Hinter verschlossenen Türen verhandelte heute das Karlsruher Schwurgericht (Vorstand: Landgerichtspräsident Dr. Rudmann) gegen die 39 Jahre alte verheiratete Kettenmacherin Anna Karoline Schubert geborene Wader aus Wildbad, wohnhaft in Forstheim, die sich wegen gewerbmäßiger Vortreibung zu verantworten hatte. Die Verhandlung entrollte ein Bild tiefen menschlichen Elends. Die Angeklagte befand sich in bitterer Notlage. Mit 84 M im Monat mußte sie mit ihrem arbeitsunfähigen Mann und vier Kindern ihr Leben fristen. Es wird ihr zur Last gelegt, daß sie von 1927 bis zu ihrer Verhaftung vor fünf Monaten in Forstheim bei einer Anzahl Frauen und Mädchen insgesamt in 15 Fällen unerlaubte Eingriffe zur Befreiung der Schwangerschaft gemacht habe. Sie hat sich für ihre Bemühungen mit Geldbeträgen von einer bis zu 30 M besaßen lassen. Die Angeklagte ist in vollem Umfang geschäftsfähig. Der Anklagevertreter, Erster Staatsanwalt Dr. Nebel (Forstheim), beantragte eine Gefängnisstrafe von drei Jahren. Das Schwurgericht erkannte auf eine Gefängnisstrafe von einem Jahre sechs Monaten unter Anrechnung von fünf Monaten Untersuchungshaft.

#### Wasserstand des Rheins

Basel 30, gef. 1; Waldshut 222, gef. 9; Schaffhausen 90, gef. 3; Reil 234, gef. 8; Maxau 406, gef. 4; Mannheim 283, gef. 19; Caub 150, gef. 8 Zentimeter.

### Letzte Nachrichten Unruhen in Spanien?

Paris, 27. April. Journal meldet aus Madrid, daß zahlreiche terroristische Akte in verschiedenen Gegenden Spaniens zu verzeichnen seien. In Baitin (Provinz Orensa) habe die Bevölkerung gegen den Gemeinderat manifestiert. Beim Eingreifen der Polizei seien zwei Manifestanten getötet und ein Polizist verletzt worden. In Barcelona sei gestern in einer Webstuhlfabrik eine Bombe explodiert, die beträchtlichen Schaden angerichtet habe. In Malaga hätten Streifende das Rathaus angegriffen und mehrere Geschäftshäuser geplündert. In Valencia, Bilbao und Burgos seien gleichfalls schwere Unruhen vorgekommen. In Castronuevo hätten verschiedene Personen versucht, ein Kloster in Brand zu stecken.

**Zum Salmen** 3/10 Export Bier 24s  
Am Ludwigsplatz  
Eigene Schlachtung  
Reichhaltiger Mittagstisch  
Warmes Frühstück von 40 Pf. an  
ohne Bedienung

**Ämtliche Bekanntmachungen**  
Die regelmäßige Wochschau an der WLB wurde festgesetzt auf:  
Montag, den 2. Mai 1932, vormittags 8.45 Uhr  
von der Luitpoldbrücke in Ettlingen bis zum Röhlen Krug in Karlsruhe und auf  
Mittwoch, den 4. Mai 1932, vormittags 8.15 Uhr  
vom Röhlen Krug in Karlsruhe bis Maxau.  
Die Teilnahme an der Wochschau und die Geltendmachung von Einsprüchen und Beschwerden ist jedem Interessenten freigestellt.  
Karlsruhe, den 23. April 1932. O.S. 17  
Bad. Bezirksamt II.

**Im Serien-Verkauf**  
Der Blitz vom Mittwoch  
Kissen -90  
Korbessel-Garnitur -90  
Dam.-Schürze -90  
Polobluse 1.45  
**BURCHARD**

**Café-Restaur. 3 Kronen**  
Kronenstr. 19 - Telefon 5018  
Morgen Donnerstag Schlachttag  
Vorzügl. Qualitätsweine, Moninger Export-Bier. Gemütliche Gesellschaftsräume.  
Ferdinand Weber.

**Badisches Landes-theater**  
Mittwoch, 27. April  
8. Sinfonie-Konzert  
Dirigent: Richard Strauß  
Solist: Edwin Fischer (Klavier)  
Beethoven VI. Sinfonie (Klavier)  
Beethoven: Klavier-Konzert Nr. 4 G-Dur  
Richard Strauß: Till Eulenspiegel  
Anfang 20 Uhr  
Ende gegen 22 Uhr  
Preise: 1.30-4.50 M.

**Kundenurteil ist maßgebend!**  
Einmütig beurteilt unsere Kundschaft unseren grossen JUBILÄUMS-Verkauf als eine Veranstaltung ohne gleichen, die den Einkauf zum Vergnügen macht, da unsere zum Verkauf gestellten Waren durchweg ausgedehnte, z.T. nur für unsere Firma angefertigte Qualitäten sind!  
Nicht Preise entscheiden, sondern unsere Jubiläums-Qualitäten!  
**TIETZ** KARLSRUHE

**Eintrachtsaal**  
Der bekannte Arzt und Schriftsteller Dr. med. Friedrich Wolf, Stuttgart spricht am Dienstag, den 3. Mai, 20.15 Uhr, über:  
mit eigenen Augen durch die Sowjet-Union  
mit 100 Lichtbildern eigener Aufnahmen  
Karten zu RM. 2,-, 1,-, -60, Erwerblose 30 Pf. - Vorverkauf: Rusland-Bücherstube, Hirschstr. 1, Pforzhaus Ganske, Kaiserstr. 21 u. Kreuzstr. 37.  
Freunde des Neuen Rusland, Karlsruhe  
Eintrachtsaal

**Für Gartenbesitzer!**  
Baum-, Zaun-, Rosen- und Tomatengänge, Stangen u. Bohnenstangen, Tom. St. von  
**Garten-Hütten**  
Breiter, dicker, Rahmen, Latten, Schwarz sehr billig zu verkaufen  
**Karl Messing** Bau- und Zimmergeschaft  
Holzhandlung und Holzbearbeitung  
Kriegsstr. 238 Telefon 1599

**Email-Kohlenherde**  
mit Rostschiff bar Nr. 72. - Garantie für Baden und Bremen. Ihren alt. Herd nehmen Sie in Zahlung 6. Dürr, Wilhelmstr. 63.

**Mk. 10 000.** - als 1. Hypothek auf ein Geschäftshaus von 1000 qm mit 10 Zimmern, 10 Bädern, 10 Kellern, 10 WCs, 10 Abwässern, 10 Wasserleitungen, 10 Gasleitungen, 10 Stromleitungen, 10 Telefonleitungen, 10 Wasserzähler, 10 Gaszähler, 10 Stromzähler, 10 Telefonzähler, 10 Wasserzähler, 10 Gaszähler, 10 Stromzähler, 10 Telefonzähler.

**Wanzen samt Brut**  
werden mittels meinem neuesten, unübertroffenen Versaugungs-Verfahren unter Garantie radikal vernichtet.  
Ungeziefel - Vernichtungs-Anstalt  
**F. Höllstern** Herrenstraße 5  
Telefon 5791

**Rüchen**  
von 90 M. ab, ab 60 M.  
Furniß, Kabinen, Schränke, 77 hinter Gelsow Ruoff

**Sportwagen**  
gut erd., sehr billig abzugeben. Ludwig-Wilhelmstr. 21, III. 8740

**BLB Bad. Landwirtschafts-Bank**  
(Bauernbank) eGmbH, Karlsruhe, Bilanz per 31. Dezember 1931

Aktiva	RM.	Passiva	RM.
Kassenbestand	193 306.56	Geschäftsguthaben d. Mitgl.	3 392 000.-
Guthaben bei Banken	387 437.36	Reserven und Rücklagen	799 278.54
Wechsel und Schecks	2 794 197.60	Aufwärtensreserven	220 952.26
Wertpapiere	326 647.83	Hypotheken	17 784.40
Beteiligungen	801 725.-	Guthaben der Banken	6 661 907.87
Forderungen		Guth. der Genossenschaften	2 829 994.18
an Genossenschaften	33 928 447.89	Kreditwechsel der Genossenschaften	6 232 327.45
an Einzelpersonen	4 307 743.08	Einzlagen v. Einzelpersonen	23 359 003.95
Gebäude	837 000.-	Reingewinn	143 657.67
Inventar	1.-		43 576 506.32
	43 576 506.32		43 576 506.32
Giroverbindlichkeiten	462 714.61	Gesamthaltsumme	33 520 000.-

Vorzeiger dieser Anzeige erhalten **10% Bar-Rabatt**

**mäntel, Kleider**  
auch für starke Damen  
zu unglaublich billigen Preisen  
**Daniels Konfektionshaus**  
Wilhelmstraße 36, 1 Treppe  
Keine Ladenspesen, Ratenkaufabkomm.

**3-Zimmer-Wohnung** in guter Lage der Stadt gegen eine solche in der Ost- oder Weststadt zu kaufen gesucht. Angebote unter R 655 an den Volksfr.

**3-Zimmer-Wohnung** möglichst mit Bad von kleiner Familie zu mieten gesucht. Angebote unter R 656 an den Volksfr.

**Mietervereinigung Karlsruhe (e.V.)**  
Kamp. weiße Käse neu oder neu wertig. Offerten unter Nr. 2479 an den Volksfreund.

**Ein billiger und praktischer Reiseführer**  
Führer durch die schönsten Gebiete Deutschlands und der österreichischen Alpenländer - Arbeiter - Reiseführer über die deutschen Ströme - Zahlreiche Abbildungen und Orientierungskarten - Praktische Winke für verlässliche Reisen und Wanderungen - Vollständiges Adressenverzeichnis der Volkshäuser, Ferienheime der Naturfreunde, der Gewerkschaften, der Arbeiterjugend, der Jugendherbergen und sonstiger billiger Unterkunfts-möglichkeiten - Ein ständiger Band von 450 Seiten im Taschenformat  
**Preis nur 2 MARK**  
Der beste Ferienberater

**Ein höchst fesselndes Kulturgeschichtsbuch**  
Zu beziehen durch **Volksfreund - Buchhandlung**  
Karlsruhe (Baden), Waldstraße 28 • Fernsprecher 7020/21

**In jede Familie den Volksfreund**

**A. Werthhammer**  
MALERMEISTER  
Luisenstraße 37, Tel. 7389  
Ausführung aller Maler-Arbeiten  
solid und preiswert.

**Karlsruher Familien-Krankenkasse**  
Unter staatl. Aufsicht  
Telefon 4199

**Kombiniertes Speise- und Herrenzimmer**  
(6 Teller) **262.-**  
Ein komb. Wohn-zimmer ist elegant-lich zu kaufen gesucht. Ang. u. Nr. 2459 an den Volksfr.

**Apfelwein** rein, gut, 20 J. lang, frei von Sulfid, 50 Liter für 2.80  
**Stängelpumpe** gut erhalten, Preis 8.40  
Gebr. Weller, Durlach, am 11. 735 im Volksfr.

**Gaggenauer Anzeigen**  
Des Jahresablaufes wegen bleibt die Stadtkasse am Donnerstag, den 28. bis einschließlich Samstag, den 30. April 1932 geschlossen.  
Gaggenau, den 25. April 1932.  
Stadtkasse: Woller.

**Durand'sche Tapeten**  
aus der neuen Kollektion 1932 marschieren an der Spitze! Schöne Tapeten auch Sie mit Ihrer Heim! Schöne Tapeten sind Preisbringer. Verlangen Sie bitte die neue Karte.  
**AKADEMIESTR. 35** bei der Passagen